Anlagen zum

Haushaltsplan

Orientierungsdaten 2013 - 2016
für die mittelfristige
Ergebnis- und Finanzplanung
der Gemeinden und Gemeindeverbände
des Landes Nordrhein-Westfalen

Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein Westfalen vom 13. Juli 2012
Az. 34-46.05.01- 264/12

Nachfolgend gebe ich gemäß § 6 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, berichtigt GV. NRW. 2005, S. 15) in Verbindung mit § 84 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der Bürgerbeteiligung Nordrhein-Westfalen vom 13. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 685), im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Orientierungsdaten 2013 bis 2016 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt.

I. Allgemeine Erläuterungen

1. Grundlagen der Orientierungsdaten 2013 - 2016

Die Orientierungsdaten berücksichtigen:

- die Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom Mai 2012,
- die Entwicklungen des Landeshaushaltes und des kommunalen Finanzausgleichs,
- die Projektion der Zentralen Datenstelle der Finanzminister zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte,
- die Zielprojektionen des Stabilitätsrates, insbesondere seine Empfehlungen zur strikten Haushaltskonsolidierung,
- die Stabilitätskriterien der Europäischen Union und
- aktuelle Erkenntnisse des Ministeriums für Inneres und Kommunales.

Die Orientierungsdaten gehen in der Regel von der geltenden Rechtslage aus. Einige wesentliche Verbesserungen für die Kommunen werden in diesem Erlass bei den Orientierungsdaten nicht berücksichtigt, da die entsprechenden Ertragspositionen kein Bestandteil der Orientierungsdaten sind oder weil eine abschließende Konkretisierung noch aussteht. Hier sind im Wesentlichen die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund, der Stärkungspakt Stadtfinanzen und die aktuellen Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern im Rahmen der Ratifizierung des EU-Fiskalpakts zu nennen. Im Einzelnen:

Bereits im Jahr 2011 hat sich der Bund nach den Ergebnissen der Beratungen in der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene dazu verpflichtet, die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in drei Schritten bis zum Jahr 2014 vollständig zu übernehmen. Hierdurch wird der Bund die Kommunen entlasten und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen leisten.

Der erste Schritt im Jahr 2012 (Erhöhung der Bundesbeteiligung von bisher 16 auf 45 Prozent) wurde bereits durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen umgesetzt. Die Umsetzung der beiden folgenden Schritte (2013 auf 75 Prozent und 2014 auf 100 Prozent) soll noch in diesem Jahr erfolgen. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund somit den Kommunen die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig erstatten. Durch die Erstattung ergeben sich zunächst Mehreinnahmen des Landes, das wiederum die Mittel an die Kommunen weitergeben wird. Auf die Höhe der Aufwendungen hat die höhere Bundesbeteiligung keine Auswirkungen.

Darüber hinaus hat der Bund angekündigt, die Kommunen im Rahmen der Umsetzung des Fiskalpakts weiter zu entlasten. Nach ersten Informationen soll das Verfahren der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung so geändert werden, dass die Kommunen die entstehenden Kosten nun nicht mehr vorfinanzieren müssen. Zudem soll in der nächsten Legislaturperiode ein Bundesleistungsgesetz erarbeitet werden, dass die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe ablöst. In welcher Höhe der Bund eine Mitfinanzierung übernimmt bleibt abzuwarten. Des Weiteren sind für den Kita-Ausbau einmalig zusätzlich 580,5 Mio. Euro und dauerhaft jährlich 75 Mio. Euro zusätzlich für die Betriebskosten vorgesehenen.

Im Übrigen hat der Landtag bereits im Jahr 2011 das Stärkungspaktgesetz beschlossen. Danach erhalten seit dem Jahr 2011 in der ersten Stufe 34 Kommunen jährlich 350 Mio. Euro (6 kreisfreie Städte und 28 kreisangehörige Städte und Gemeinden). Zudem wurden 27 Gemeinden (7 kreisfreie, 20 kreisangehörige) als Teilnehmer für die zweite Stufe der Konsolidierungshilfe ausgewählt. Für beide Stufen stehen zwischen 2011 und 2020 insgesamt 5,85 Mrd. Euro zur Verfügung.

2. Steuerschätzungen und Annahmen zu Einzahlungen und Erträgen

Die Orientierungsdaten zu den steuerlichen Einzahlungen sowie zu den Erträgen aus dem Familienleistungsausgleich und den Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes basieren auf der für das Land Nordrhein-Westfalen vom Finanzministerium NRW regionalisierten Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2012, den Entwicklungen des Landeshaushaltes und des kommunalen Finanzausgleichs und dem geltenden Steuerrecht.

Da der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ nur die tatsächlichen Zuflüsse für das jeweilige Haushaltsjahr betrachtet, sind seine Ergebnisse vom Mai 2012 nach wie vor an den Einnahmen ausgerichtet. Die Orientierungsdaten sind damit Einzahlungsgrößen. Eine periodengerechte Zuordnung des Zuflusses, zum Beispiel von Gewerbesteuervoraus- oder -nachzahlungen, kann nicht erfolgen, weil weder dem Ministerium für Inneres und Kommunales noch dem Finanzministerium die dafür notwendigen Prognosegrundlagen zur Verfügung stehen.

3. Gewerbesteuerumlage

Die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Vervielfältigers der Gewerbesteuerumlage wird nachfolgend in einer Tabelle angegeben:

Jahr	„Normal“-Vervielfältiger § 6 Abs. 3 GemFinRefG		Erhöhung § 6 Abs. 3 GemFinRefG (ab 1995)	Erhöhung für die Abwicklung des Fonds "Dt. Einheit" § 6 Abs. 5 GemFinRefG	Gesamt-Vervielfältiger
	Bund	Länder	Länder	Länder	
2012	14,5	20,5	29	5*	69
2013	14,5	20,5	29	5*	69
2014	14,5	20,5	29	5*	69
2015	14,5	20,5	29	5*	69
2016	14,5	20,5	29	5*	69

* Die Erhöhungszahl für den Vervielfältiger wird durch Rechtsverordnung des Bundes festgesetzt. Die Angaben beruhen für die Jahre ab 2013 auf der Steuerschätzung vom Mai 2012. Der Vervielfältiger für das Jahr 2012 wurde nach der Steuerschätzung im November 2011 ermittelt.

Für den Vervielfältiger der Gewerbesteuernormalumlage sind für 2012ff. 35 Punkte festgesetzt. Aufgrund der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens werden für die fortwirkende Belastung aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ ab 2012 durchgehend 5 Vervielfältigerpunkte geschätzt.

4. Beteiligung der Kommunen an den finanziellen Folgelasten des Landes aufgrund der Deutschen Einheit

Mit Urteil vom 8. Mai 2012 hat der Verfassungsgerichtshofs NRW § 2 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge der Deutschen Einheit – Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW – vom 9. Februar 2010 (GV. NRW. S. 127 ff.) für nichtig und unvereinbar mit dem Recht der Beschwerdeführerinnen auf Selbstverwaltung erklärt. Infolge dessen wird zur konkreten Abrechnung der Einheitslasten sowohl für vergangene als auch für die zukünftigen Jahre eine gesetzliche Regelung erforderlich sein, die derzeit erarbeitet wird.

5. Wirkung der Orientierungsdaten – Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten

An den unter II. 1 aufgeführten Daten zu Einzahlungen und Aufwendungen sollen sich die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Aufstellung des Haushaltes 2013 und bei der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2016 entsprechend § 16 Abs. 1 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) und der §§ 75 Abs. 1 und 84 GO NRW ausrichten. Die Orientierungsdaten sind Durchschnittswerte für alle Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie geben Anhaltspunkte für die individuelle gemeindliche Finanzplanung. Es bleibt die Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde und jedes Gemeindeverbands, anhand dieser Empfehlungen unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten die für ihre bzw. seine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zutreffenden Einzelwerte zu ermitteln. Dies gilt besonders für die Prognose der Einzahlungen bzw. Erträge aus der Gewerbesteuer, die je nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort erheblich von den prognostizierten Durchschnittsentwicklungen abweichen können. Wesentliche Abweichungen der Haushaltsplanung von den Orientierungsdaten müssen den Aufsichtsbehörden erläutert werden. Im Einzelfall sollten insbesondere die Kommunen, die nicht in der Lage sind, im Finanzplanungszeitraum ihren Haushalt auszugleichen, ihrer Haushaltsplanung eine eher vorsichtige Prognose zugrunde legen.

Für Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen haben, bleibt es auch nach der Änderung des § 76 Abs. 2 GO NRW bei der Pflicht, den Haushalt zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder auszugleichen (§ 76 Abs. 1 GO NRW). Zu den Einzelheiten der Anwendung des neuen § 76 Abs. 2 GO NRW hat das Ministerium für Inneres und Kommunales einen gesonderten Erlass am 9. August 2011 veröffentlicht.

Für die Kommunen, die am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnehmen, gelten grundsätzlich die Regelungen des Stärkungspaktgesetzes. Die Kommunen der ersten Stufe müssen den Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe zum nächstmöglichen Zeitpunkt, in der Regel spätestens aber ab dem Jahr 2016 erreichen. Für die an der zweiten Stufe teilnehmenden Kommunen gilt dies ab dem Jahr 2018. Für alle Stärkungspaktkommunen ist der Haushaltsausgleich spätestens im Jahr 2021 ohne Konsolidierungshilfe zu erreichen.

6. Empfehlungen für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich in der Vergangenheit massiv ausgewirkt. Nach einem Finanzmittelfehlbetrag der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von rund 2 Mrd. EUR im Jahr 2009 ergab sich in den Jahren 2010 und 2011 ein Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von rund 2,5 bzw. 1,6 Mrd. EUR. Allerdings wird der durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöste stärkste wirtschaftliche Einbruch seit Bestehen der Bundesrepublik möglicherweise schneller als erwartet überwunden werden.

So haben die Steuereinnahmen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen bereits im Jahr 2011 mit rund 20,5 Mrd. Euro beinahe wieder das Niveau aus dem Jahr 2008 (20,8 Mrd. Euro) erreicht. In diesem Jahr werden sie voraussichtlich deutlich darüber liegen. Die vorliegenden Orientierungsdaten gehen auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 2012 davon aus, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2012 das Niveau des Jahres 2008 sogar um rund 6,3 Prozent überschreiten werden. Zudem profitieren die Kommunen zurzeit von der konjunkturell bedingten niedrigen Arbeitslosenquote. Dies führt zu einer Verringerung der Steigerungsraten bei den Sozialtransferaufwendungen.

Insgesamt werden die Aufwendungen aber weiter zunehmen. Zudem bestehen weiterhin erhebliche Risiken. Zu nennen sind insbesondere die Staatsschuldenkrise im Euroraum, die fragilen internationalen Finanzmärkte sowie die Rohstoff- und Energiepreise und die Schwäche wichtiger Handelspartner. Dies könnte sich auch auf die Sozialtransferaufwendungen auswirken, auch wenn diese teilweise durch die Erstattung einiger Aufwendungen durch den Bund kompensiert werden. Daher wird auch in den Jahren ab 2016 ein hoher Konsolidierungsbedarf für viele Kommunen bestehen.

Die kritische Finanzlage der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zeigt sich auch am Anstieg der Kassenkredite, die zum 31. Dezember 2011 bereits 22,06 Mrd. EUR erreicht haben.

Eine besondere Herausforderung stellt die Bewältigung der Krisenfolgen für die Gemeinden und Gemeindeverbände dar, die bereits in der Vergangenheit keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten. In diesen Gemeinden und Gemeindever-

bänden kann es erforderlich sein, die für die Aufwendungen genannten Orientierungsdaten noch zu unterschreiten. Im Interesse der Erhaltung kommunaler Selbstverwaltung und der Generationengerechtigkeit muss es oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen oder zumindest ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept bzw. einen genehmigungsfähigen Haushaltssanierungsplan nach dem Stärkungspaktgesetz aufzustellen.

Vor dem Hintergrund der Änderung des § 76 Absatz 2 GO NRW im Sommer 2011 und der Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes ist davon auszugehen, dass die meisten Kommunen grundsätzlich hierzu in der Lage sind. Haushaltssicherungskonzepte können nunmehr auch dann genehmigt werden, wenn sie den Haushaltsausgleich erst im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr darstellen. Eine ähnliche zeitliche Flexibilität wird den Kommunen, die Konsolidierungshilfen nach dem Stärkungspaktgesetz vom 9. Dezember 2011 erhalten, für deren Haushaltssanierungspläne eingeräumt.

Ziel dieser Rechtsänderungen ist es, den Kommunen zu ermöglichen, ihre Haushalte zu sanieren. Zudem sollen sie durch die Genehmigung von Haushaltskonsolidierungskonzepten wieder einen rechtswirksamen Haushalt und damit - im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans und der jeweiligen Sanierungsplanung - die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten erhalten.

Für die Beurteilung der kommunalen Haushalte kommt es nach der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vorrangig auf die Erträge und Aufwendungen an, weil sie der Maßstab für den Haushaltsausgleich (§ 75 Abs. 2 GO NRW) sind. Allerdings darf auch die Bedeutung der angemessenen Liquiditätsplanung (§ 89 Abs. 1 GO NRW) nicht unterschätzt werden.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales verbindet mit der Bereitstellung der Orientierungsdaten 2013 bis 2016 auch die Erwartung, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände die Aufstellung, Beratung und Beschlussfassung über ihren Haushalt an der Vorgabe des § 80 Abs. 5 Sätze 1 und 2 GO NRW ausrichten. Danach soll die Anzeige der vom Rat (bzw. vom Kreistag oder von der Landschaftsversammlung) beschlossenen Haushaltssatzung mit ihren Anlagen bei der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres (also bis zum 30. November) erfolgen, damit die Aufsichtsbehörde vor dem Beginn des neuen Haushaltsjahres das Prüfungsverfahren abschließen kann.

II. Orientierungsdaten und Erläuterungen

1. Orientierungsdaten 2013 – 2016 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen

	Absolut		Veränderung gegenüber dem Vorjahr				
				Orientierungsdaten			
	2011	2012	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. Euro		in %				
Einzahlungen / Erträge[1]							
Steuern und ähnliche Abgaben (Einzahlungen)	19.525	20.561	+ 5,3	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,7
davon:							
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer[2]	5.909	6.346	+ 7,4	+ 6,2	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,2
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	911	941	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2
Gewerbesteuer (brutto)	9.619	10.081	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,4
Grundsteuer A und B	2.832	2.884	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
Sonstige Steuern und ähnliche Einzahlungen	256	260	+ 1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Kompensation Familienleistungsausgleich (Erträge)	650	700[3]	+ 7,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,3
Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes (Erträge)[4]	7.922	8.421	+ 6,3	+ 3,5	+ 5,2	+4,4	+ 4,4
davon:							
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände	6.722	7.146	+ 6,3	+ 3,5	+ 5,2	+ 4,4	+ 4,4
Aufwendungen							
Personalaufwendungen				+ 2,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen				+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Sozialtransferaufwendungen				+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

[1] Bitte Erläuterungen unter I. 1 beachten.
[2] Angaben zu den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer siehe Erläuterungen.
[3] Hier werden nur die Haushaltsansätze angegeben, zu den Abrechnungen siehe Erläuterungen
[4] Die Abfinanzierung des kommunalen Anteils nach dem Investitionsförderungsgesetz (sogenanntes Konjunkturpaket II) wird nach § 6 Zukunftsivestitions- und Tilgungsfondsgesetz ab dem Haushaltsjahr 2012 durch einen pauschalen Abzug bei den finanzkraftunabhängigen Zuweisungen erbracht.

2. Erläuterungen

Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Einzahlungen (siehe auch oben I. 2.) aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in der Abgrenzung der finanzstatistischen Kontengruppe 60 (für Erträge 40) gehören die Realsteuern, die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, die sonstigen Gemeindesteuern (Kontenart 603 bzw. 403), die steuerähnlichen Einzahlungen (Kontenart 604 bzw. 404) und die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich (Kontenart 4051).

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Einzahlungen aufgrund des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer werden für das Jahr 2013 auf rd. 6,7 Mrd. EUR geschätzt. Die Veränderungsrate für das Jahr 2013 (6,2 v. H.) wurde auf Grundlage der erwarteten Einzahlungen in Höhe von rd. 6,3 Mrd. EUR für 2012 berechnet. Die Schätzung basiert auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“. Aufgrund der Ist-Entwicklung im Jahr 2011 ist erkennbar, dass sich der Länderanteil NRWs am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer unterproportional entwickelt. Dies wurde bei der Prognose berücksichtigt. Die konjunkturbedingten deutlichen Zuwachsraten in 2011 und 2012 fallen in den Folgejahren etwas geringer aus. Bestehende Risiken aus der europäischen Schuldenkrise wurden nicht berücksichtigt.

Durch die Abschlagszahlung für das vierte Quartal eines Jahres in Höhe von 110 % der Zahlungen für das dritte Quartal ist nicht mehr mit hohen Abrechnungsbeträgen zu rechnen, so dass Einzahlungen und Erträge voraussichtlich kaum voneinander abweichen werden.

Ab 2012 gelten neue Schlüsselzahlen, die die turnusmäßige Umstellung auf die neueste verfügbare Einkommensteuerstatistik für das Jahr 2007 berücksichtigen. Die Abschneidegrenzen nach § 3 Gemeindefinanzreformgesetz wurden auf 35.000/70.000 EUR angehoben. Die Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 mit den neuen Schlüsselzahlen wurde am 12. Juni 2012 veröffentlicht (GV.NRW.S. 208).

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Die Einzahlungen aufgrund des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer werden im Jahr 2013 - abgeleitet aus den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung – rd. 940 Mio. EUR betragen. Die ab 2012 und bis 2014 gültigen Schlüsselzahlen zur Verteilung auf die Gemeinden wurden durch Rechtsverordnung des Bundes gem. § 5 c Gemeinde-

finanzreformgesetz und durch die Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (GV.NRW.S.688) neu festgesetzt. Die Neufestsetzung der Schlüsselzahlen beruht auf der schrittweisen Umstellung des Verteilungsschlüssels für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von einem nicht fortschreibungsfähigen zu einem fortschreibungsfähigen Schlüssel. In den Schlüssel für die Jahre 2012 – 2014 fließen der alte und der neue Schlüssel zu gleichen Teilen ein.

Gewerbesteuer

Auch die Schätzung der durchschnittlichen Entwicklung der Gewerbesteuereinzahlungen (brutto) lehnt sich eng an die Erwartungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ für die westdeutschen Länder an. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte 2009 deutliche Spuren in der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens hinterlassen. 2010 stabilisierte sich das Aufkommen, während das Jahr 2011 sogar ein dynamisches Wachstum aufwies. Diese erfreuliche Entwicklung soll sich – wenn auch mit abnehmender Dynamik - in den kommenden Jahren fortsetzen.

Angesichts der starken Unterschiede in der örtlichen Aufkommensentwicklung kann diese Schätzung nur eine generalisierende Orientierungshilfe für die Haushaltsplanungen der einzelnen Gemeinden sein. Die konkreten Ansätze einer einzelnen Gemeinde sind von den unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten abhängig und entsprechend von den Gemeinden in ihrer Ergebnis- und Finanzplanung zu veranschlagen.

Kompensation Familienleistungsausgleich

Wie in den vergangenen Jahren ist die Kompensationszahlung für die Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs nicht im Einkommensteueranteil erfasst. Sie wird als Zuweisung an die Gemeinden weitergegeben. Im Haushalt 2012 sind dafür 700 Mio. EUR und in 2013 rd. 720 Mio. EUR vorgesehen.

In 2013 werden außerdem die in 2012 geleisteten Kompensationszahlungen für die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs nach Ist-Ergebnissen abgerechnet. Die Abrechnung für das Jahr 2011 betrug 19,052 Mio. EUR und wurde im April 2012 ausgezahlt. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Kompensationszahlungen werden nach denselben Schlüsselzahlen auf die Gemeinden verteilt.

Zuweisungen des Landes im Rahmen des Steuerverbundes

Mit dem Gesetz zur Änderung des GFG 2010 (GV. NRW. 2010 S. 671) wurden Maßnahmen zur Strukturverbesserung in das Gemeindefinanzierungsgesetz aufgenommen. Die frühere Befrachtung in Höhe von 166,2 Mio. € zur Konsolidierung des Landeshaushalts entfällt. Außerdem werden die Kommunen in Höhe der Verbundquote an 4/7 des Aufkommens des Landes Nordrhein-Westfalen an der Grunderwerbsteuer beteiligt (2012 = 150,9 Mio. €). Diese Verbesserungen waren im GFG 2011 enthalten und sind für das GFG 2012 sowie für die folgenden GFG vorgesehen.

Im Steuerverbund des GFG 2012 ist für die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen nach § 2 Absatz 3 Stärkungspaktgesetz ein Vorwegabzug in Höhe von 65 000 000 EUR vorgesehen, der auf Grund der genannten Vorschrift im GFG 2013 auf 115 000 000 EUR erhöht wird.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zur Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland ein Sondervermögen errichtet [Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfondsgesetz (ZTFoG) vom 02. April 2009 (GV. NRW. S.187), sogenanntes Konjunkturpaket II]. Die Verbindlichkeiten des Sondervermögens zum Stichtag 31. Dezember 2011 sind ab dem Haushaltsjahr 2012 bis 31. Dezember 2021 zu tilgen. Die Kommunen beteiligen sich an den Zins- und Tilgungszahlungen des Sondervermögens. Ab dem GFG 2012 wird die Beteiligung der Kommunen gesondert ausgewiesen und pauschal bei den finanzkraftunabhängigen Investitionszuweisungen abgezogen. Die Beteiligung wird für das Jahr 2012 vorläufig mit 40 440 000 EUR angesetzt und im GFG 2013 abgerechnet. Die Beteiligungen in zukünftigen Jahre werden voraussichtlich ähnliche Größenordnungen haben.
Die Veränderungsraten der Investitionspauschalen werden sich voraussichtlich auch im GFG 2013 trotz der genannten Abfinanzierung und bei einer vermutlichen Erhöhung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse sowie der Beibehaltung der konstanten Ansätze für die Schulpauschale/Bildungspauschale und die Sportpauschale eine stärker erhöhen als die Veränderungsraten der Schlüsselzuweisungen.

Den Gesetzentwurf für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 auf der Basis des bisherigen, am 21. Dezember 2011 in den Landtag (LT. Drs. 15/3402) eingebrachten Entwurfes und dessen erneute Einbringung in den Landtag hat das Kabinett im Juli 2012 beschlossen. Während mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 lediglich die Grunddaten gegenüber den Gemeindefinanzierungsgesetzen der Vorjahre aktualisiert wurden, geht es beim Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 um die Umsetzung der Ergebnisse des ifo-Gutachtens „Analyse und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Nordrhein-Westfalen“ und der Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht der ifo-Kommission vom 25. Juni 2010 (Lt.-Vorlage 15/21).

Im Rahmen des GFG 2012 werden derzeit Abschlagszahlungen auf der Basis der Modellrechnung vom 21. Oktober 2011 an die Kommunen geleistet. Für die Folgejahre des Finanzplanungszeitraums können vor einer Entscheidung der Landesregierung über die Mittelfristige Finanzplanung (MFP) 2013 bis 2016 und über die Eck-

punkte des GFG 2013 noch keine verbindlichen Zahlen genannt werden. Die unter II.1 angegebenen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr basieren auf der Mai-Steuerschätzung 2012 und der derzeitigen Struktur des GFG.

Personalaufwendungen

Die Verschlechterungen im Bereich der Erträge bzw. Einzahlungen seit dem Jahr 2009 machen es erforderlich, bei den Personalaufwendungen nur geringe Zuwachsraten zuzulassen, damit der Haushaltsausgleich erreicht werden kann. Diese Zielsetzung wird einzuhalten sein, auch wenn unter anderem durch das Ergebnis der Tarifvereinbarungen vom 31. März 2012, durch den weiteren Ausbau der U-3- -Betreuung sowie mögliche weitere Besoldungs- und Tariferhöhungen ab dem Jahr 2014 bereits Druck bei den Personalaufwendungen besteht. Für Gemeinden und Gemeindeverbände, die ihren Haushaltsausgleich nur durch einen Eigenkapitalverzehr erreichen können, kann es erforderlich sein, unter der Steigerungsrate von zwei bzw. einem Prozent zu bleiben. Dies gilt erst Recht für überschuldete oder von der Überschuldung bedrohte Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere auch, wenn sie am Stärkungspakt Stadtfinanzen teilnehmen.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Für die Steigerungsraten im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gelten die grundsätzlichen Ausführungen zu den Personalaufwendungen entsprechend.

Sozialtransferaufwendungen

Zu den kommunalen Sozialtransferaufwendungen gehören: Kommunale Leistungen nach dem SGB II (u. a. Leistungen für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Leistungen an Kriegsopfer und ähnliche Anspruchsberechtigte, Jugendhilfe, sonstige soziale Leistungen, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Bei der Prognose wurde berücksichtigt, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt durch die aktuell gute konjunkturelle Entwicklung stabilisiert hat. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bewegt sich weiterhin auf hohem Niveau. Die Zahl der Erwerbslosen lag im Mai 2011 bei rund 2,86 Millionen. Dies entsprach einer Quote von 6,7 %. Im Mai 2011 lag sie noch bei 2,96 Millionen. Konjunkturelle Indikatoren lassen aber erwarten, dass sich das wirtschaftliche Wachstumstempo im weiteren Jahresverlauf verlangsamen wird. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich aber weiterhin stabil positiv.

Daneben wird das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren sinken und damit zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen führen.

Bei den Sozialtransferaufwendungen handelt es sich in aller Regel um Aufwendungen für Pflichtaufgaben. Allerdings sind Pflichtaufgaben auch Selbstverwaltungsaufgaben, bei denen die Gemeinde zwar nicht über das „Ob“ aber über das „Wie“ der Aufgabenerfüllung entscheiden kann. Auch bei der Wahrnehmung dieser Pflichtaufgaben ist deshalb nach möglichst wirtschaftlichen Formen der Aufgabenwahrnehmung zu suchen.

Umlagegrundlagen für die Kreise

Die Umlagegrundlagen für die Kreis- und Landschaftsumlagen werden veröffentlicht sobald ausreichende statistische Daten für ihre Berechnung vorliegen.

gez. Emschermann

STADTWERKE RATINGEN GMBH

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

1. Unternehmen, Geschäft und Rahmenbedingungen

ressourcenschonende und klimaverträgliche Energiedienstleistung

Die Stadtwerke Ratingen GmbH ist als Energiedienstleistungsunternehmen in den Versorgungssparten Strom, Gas, Wasser und Wärme in ihrem Versorgungsgebiet tätig. Ein weiteres Tätigkeitsfeld bilden die Bäder- und Saunabetriebe. Die Kernbereiche des Unternehmens liegen in der bedarfs- und versorgungsgerechten Bedienung der Ratinger Bevölkerung mit allen Dienstleistungen eines Querverbundunternehmens. Dabei verfolgt die Gesellschaft das Ziel einer ressourcenschonenden und klimaverträglichen Energiedienstleistung.

strategischer Partner

Die RWE Deutschland AG ist als strategischer Partner mit 24,77 % an der Stadtwerke Ratingen GmbH beteiligt. Mehrheitsgesellschafterin ist mit 75,23 % die Stadt Ratingen.

2. Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Wirtschaftsentwicklung in 2011

Die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland erreichte im Verlauf des Jahres 2011 wieder das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise vom Frühjahr 2008. Der krisenbedingte Nachholprozess verlief dynamischer, als die Bundesregierung noch vor Jahresfrist erwartet hatte. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im Jahr 2011 preisbereinigt um 3,0 % zu, nachdem es im Jahr zuvor bereits um 3,7 % zugelegt hatte. Allerdings hat im Laufe des vergangenen Jahres die Verschuldung in einer Reihe von Industriestaaten, oft gepaart mit Zweifeln an deren Wettbewerbsfähigkeit, zu einer deutlichen Verunsicherung an den Kapitalmärkten geführt. Dadurch trübten sich auch die Konjunkturerwartungen der deutschen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 merklich ein.

Die privaten Ausgaben für den Konsum dagegen nahmen im vergangenen Jahr merklich an Fahrt auf. Im Jahresdurchschnitt expandierte der private Verbrauch um 1,5 %, so kräftig wie seit dem Jahre 2006 nicht mehr. Der Arbeitsmarkt ist robust, die Einkommen steigen und das Preisklima ist günstig. Hinzu kommen Entlastungen durch den niedrigen Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung. Auf eine insgesamt positive Entwicklung des privaten Konsums deuten auch Indikatoren wie die von der

Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Anschaffungsneigung der Konsumenten hin.

Eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Versorgung mit Energie und Rohstoffen ist Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Bundesregierung hat mit dem Energiepaket im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt für den Umbau der deutschen Energieversorgung getan. Die Neuausrichtung der Energiepolitik wird nun konkret umgesetzt.

exorbitante Erhöhung der EEG-Umlage

Die Kopplung der EEG-Umlage an die Marktverhältnisse führt seit 2009 zu einer exorbitanten Erhöhung der in die Stromabgabe eingepreisten Umlage: nach 1,263 ct/kWh (2009) und 2,047 ct/kWh (+162 % in 2010) steigt der Wert in 2011 um 279 % (Basis 2009) auf 3,530 ct/kWh. In 2012 steigt die EE-Umlage nochmals und erreicht 3,592 ct/kWh.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Aufgrund des relativ milden Winters 2011 und dem damit verbundenen Mengenrückgang beim Absatz von Erdgas und Wärme wird nachstehender Erlösrückgang bestimmt. Dennoch konnte das erfreuliche Ergebnis des Vorjahres mit einem erneuten Jahresüberschuss in Höhe von 4,8 Mio. € wieder erreicht werden.

Veränderungs-rechnung

	2011	2010	Delta	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	95.864	97.706	-1.842	1,9
Aktivierte Eigenleistungen	678	656	22	3,4
Materialaufwand	-64.247	-63.736	-511	0,8
Sonstige Erträge	6.576	3.876	2.700	69,7
Personalaufwand	-12.250	-11.471	-779	6,8
Abschreibungen	-7.068	-7.091	23	0,3
Sonstige Aufwendungen	-10.791	-10.318	-473	4,6
Sonstige Steuern	-137	-77	-60	77,9
Betriebsergebnis	**8.625**	**9.545**	**-920**	**9,6**
Finanzergebnis	**-2.077**	**-2.103**	**26**	**1,2**
außerordentlicher Aufwand	0	-99	99	100,0
Ergebnis vor Ertragsteuern	**6.548**	**7.343**	**-795**	**10,8**
Ertragsteuern	-1.773	-2.551	778	30,5
Jahresüberschuss	**4.775**	**4.792**	**-17**	**0,4**

Spartenrechnung:

		2011	2010	Delta
		T€	T€	T€
	Strom	56.327	53.834	2.493
	Gas	25.917	28.826	-2.909
	Wasser	10.142	10.483	-341
	Wärme	7.705	8.790	-1.085
	Bäder	1.860	1.753	107
	Zwischensumme	101.951	103.686	-1.735
	Gemeinsam	21	18	3
	Eigenverbrauch	-6.108	-5.998	-110
Umsatz	**lt. GuV**	**95.864**	**97.706**	**-1.842**
	Strom	3.739	2.800	939
	Gas	2.584	2.591	-7
	Wasser	342	765	-423
	Wärme	651	1.008	-357
	Bäder	-2.541	-2.372	-169
Jahresüberschuss	**lt. GuV**	**4.775**	**4.792**	**-17**

Obige Darstellung verdeutlicht die milde Witterung und den damit rückläufigen Ertrag in den Sparten Erdgas und Wärme.

Strom: Ergebniszuwachs

Das um rd. 34 % höhere Spartenergebnis ist im Wesentlichen auf eine Verbesserung der Rohmarge zurückzuführen. Dabei bleibt die Höhe der Konzessionsabgabe mit 3.661 T€ nahezu konstant (Vorjahr 3.693 T€).

Gas: witterungsbedingte Erlöseinbußen

Die witterungsbedingt niedrigeren Abgabemengen führen zu einem Umsatzrückgang um 10,3 %. Die sonstigen Erträge steigen um rd. 26,9 %: Dieser Anstieg ist insbesondere durch Marketingzuschüsse für unsere Groß- und Industriekunden gekennzeichnet. Das Spartenergebnis weist mit 2.584 T€ einen ähnlich hohen Wert (2.591 T€) wie im Vorjahr aus.

Wasser: Ergebniseinbußen

Die Ergebniseinbußen in der Sparte Wasserversorgung resultieren aus dem Rückgang der Rohmarge um 355 T€. Die letzte Tarifanpassung erfolgte zum 1.1.2009. Zudem gab es leichte Mengeneinbußen.

Wärme: Ergebniseinbußen

Die witterungsbedingt niedrigeren Abgabemengen führen zu einem Umsatzrückgang um 10,1 %. Die Rohmarge verzeichnet einen Rückgang um 16,3 % auf 3.978 T€ (Vorjahr 4.754 T€).

Bäder:

Das Spartenergebnis der Bäder verschlechterte sich geringfügig um -169 T€ auf -2.541 T€. Dabei ist ein leichter Besucherrückgang um 1,9 % zu verzeichnen.

3.2 Vermögenslage

Vermögenslage

	2011		2010		Delta
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	87.555	70,4	86.259	69,2	1.296
Kundenforderungen	26.134	21,0	30.756	24,7	-4.622
Finanzmittelbestand	3.507	2,8	5.158	4,1	-1.651
Übriges Vermögen	7.232	5,8	2.510	2,0	4.722
BILANZSUMME	**124.428**	**100,0**	**124.683**	**100,0**	**-255**
Eigenkapital	48.221	38,8	45.220	36,3	3.001
Bankverbindlichkeiten	38.557	31,0	39.844	32,0	-1.287
Sonstige Rückstellungen	9.632	7,7	12.321	9,9	-2.689
Sonstige Verbindlichkeiten	10.944	8,8	9.744	7,8	1.200
Übrige Verbindlichkeiten	17.074	13,7	17.554	14,0	-480

Dominanz des Anlagevermögens

Die Vermögensstruktur wird mit einem Anteil von über 70 % an der Bilanzsumme vom Anlagevermögen bestimmt. Investitionen (insbesondere in die Netze) führen zum Anstieg des Anlagevermögens um 1,3 Mio. € und zum Rückgang des Finanzmittelbestandes um 1,6 Mio. €. Der Rückgang von Kundenforderungen beruht maßgeblich auf niedrigeren Absatzmengen und höheren Abschlagszahlungen im Gas- und Wärmebereich.

Eigenkapital und Bankschulden decken Anlagevermögen

Eigenkapital und Bankdarlehen finanzieren fast ausschließlich das Anlagevermögen. Im Geschäftsjahr wurden keine Darlehen aufgenommen.

Kennzahlen

		2011	2010	Delta
Deckungsgrad Sachanlagen[1]	%	60,7	58,6	+2,1
Eigenkapitalquote[2]	%	38,8	36,3	+2,5
Verschuldungsgrad[3]	%	158,0	175,7	-17,7

[1] (Eigenkapital + 50% Ertragszuschüsse) / Sachanlagevermögen

[2] Eigenkapital / Bilanzsumme

[3] Fremdkapital / Eigenkapital

3.3 Finanzlage

Kapitalflussrechnung

	2011	2010	Delta
	T€	T€	T€
Jahresüberschuss	4.775	4.792	-17
Abschreibungen	7.068	7.091	-23
Veränderung langfristiger Rückstellungen	-131	125	-256
Übrige zahlungsunwirksame Posten	-1.084	-1.189	105
Aktive Steuerlatenz	-1.689	0	-1.689
Jahres-Cashflow	8.939	10.819	-1.880
Übrige operative Ein-/Auszahlungen	971	-1.735	2.706
Operativer Cashflow	9.910	9.084	826
Investiver Cashflow (u. a. Investitionen)	-8.481	-12.044	3.563
Finanz-Cashflow (u. a. Dividenden, Tilgungen)	-3.080	-2.261	-819
Veränderungen Finanzmittelbestand	-1.651	-5.221	3.570
Finanzmittelbestand 1.1.	5.158	10.379	-5.221
Finanzmittelbestand 31.12.	3.507	5.158	-1.651

4. Personalbericht

Tarifvertrag und Altersversorgung

Die Stadtwerke Ratingen GmbH vergütet die Leistung ihrer Mitarbeiter nach dem TV-V (Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe). Zudem sind die Mitarbeiter über die Rheinische Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse (RZVK), Köln, für das Alter zusatzversichert. Die vorgeschriebene Anzahl der Pflichtplätze für Schwerbehinderte wurde nicht erreicht.

geringfügig höherer Personalaufwand

Der Personalaufwand stieg um 6,8 % auf 12,2 Mio. €. Die Zunahme der Personalkosten um 779 T€ ist maßgeblich auf Tariferhöhungen und die Einstellung neuer Mitarbeiter/innen zurückzuführen.

Schlüsselstellung von Mitarbeitern/innen

Als Energieversorgungsunternehmen trägt die Stadtwerke Ratingen GmbH eine hohe Verantwortung für ihr Versorgungsgebiet, wobei Kunden- und Leistungsorientierung die Eckdaten setzen. Eine Schlüsselstellung nehmen hierbei unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Ihre Qualifikation und ihre Motivation sind ein wesentlicher Teil unseres Unternehmenserfolges. Deshalb setzen wir auf zukunftsorientierte Qualifikationsmaßnahmen und innovative Personalmanagementmodelle.

Personalbestand im Jahresdurchschnitt

	2011	**2010**	Delta
Arbeiter / Angestellte	221	206	+15
davon Auszubildende	11	9	+2

5. Risikobericht

langjähriges Risikomanagement

Risikomanagement ist für die Stadtwerke Ratingen GmbH die Grundlage unternehmerischen Handelns. Mit dem Ziel, den Unternehmenswert zu steigern, werden nicht nur Chancen wahrgenommen, sondern auch Risiken eingegangen. Um diese möglichst früh zu erkennen und abzuwägen, betreibt das Unternehmen bereits seit mehreren Jahren ein qualifiziertes Risikomanagement.

Risikodokumentation und Schärfung des Risikobewusstseins

Das Risikomanagement ist in die Aufbau- und Ablauforganisation eingegliedert. Wesentliche Aufgaben sind dabei, den Informationsaustausch über risikorelevante Sachverhalte sicherzustellen und das Risikomanagement in allen Bereichen weiterzuentwickeln. Die Umsetzung der Risikopolitik wird durch ein von der Geschäftsführung verabschiedetes Risikomanagementhandbuch gewährleistet, in dem die Richtlinien zum Umgang mit Risiken festgelegt sind. Das Risikobewusstsein bei der Behandlung von Beschaffungs- und Investitionsrisiken wurde weiter geschärft.

Die Stadtwerke Ratingen GmbH versteht Risiko als Möglichkeit der positiven und negativen Abweichung von Unternehmenszielen und -kennzahlen. Der systematische Risikomanagementprozess beginnt mit der Identifikation der Risiken in den Organisationseinheiten.

Prüfung des Risikomanagements

Das Unternehmen setzte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Weiterentwicklung des Risikomanagements in seinen Strukturen und Prozessen fort. Wirksamkeit und Effizienz des Systems sind Prüfungsgegenstand der internen Revision. Die Beurteilung des Risikomanagements ist auch Gegenstand der jährlichen Abschlussprüfung.

laufende Risiken

- Forderungsausfälle: Obligoüberwachung, zeitnahe Rechnungserstellung, Abschlagszahlungen und ein effizientes Mahnwesen dienen der Risikominimierung.
- Liquidität: Die Zahlungsfähigkeit wird im Rahmen des kurz-, mittel- und langfristigen Cashmanagements analysiert: Unterdeckungen werden durch Kreditaufnahme ausgeglichen, Überdeckungen durch Festgeldanlagen optimiert.
- Energiebezug: Mangels unterjähriger Möglichkeit zur Preisanpassung von Abschlägen müssen steigende Bezugskosten zwischenfinanziert werden. Die Bildung von Bezugsportfolios dient einerseits der Risikoneutralisierung, andererseits können hieraus auch Chancen resultieren.
- Preisaufsicht: Regulative Eingriffe der Aufsichtsbehörden und der Gerichtsbarkeit lassen sich nicht ausschließen; sie bedürfen der besonderen Beobachtung.
- Wettbewerb: Gestiegene Markttransparenz sowie die Vereinfachung von Kundenwechselprozessen erhöht die Wettbewerbsintensität. Wir begegnen dieser Entwicklung mit Kundenbindungsstrategien (verstärkte Marketing-/Vertriebsaktivitäten, wie z.B. Erhöhung des Produktsortiments, Öffentlichkeitsarbeit, marktgerechte Preise, Kundennähe, Mitarbeiterschulung).

keine bestandsgefährdenden Risiken

Risiken, die für die Stadtwerke Ratingen GmbH einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken bestandsgefährdenden Auswirkungen haben könnten, sind nicht erkennbar.

6. Prognosebericht

GAU der Energiebeschaffung ?

Der Markt der Energieerzeugung befindet sich nach der Havarie im japanischen Fukushima in einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess. Der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie ist politisch beschlossen und scheint gesellschaftlich konsensfähig zu sein. Dass die Fokussierung auf erneuerbare Energien und die (vorübergehende) Renaissance fossiler Energieträger (Kohle und Gas) die Energiebeschaffungskosten der Zukunft entscheidend beeinflussen werden, steht außer Frage: höhere Beschaffungskosten und damit auch steigende Abgabepreise scheinen unvermeidbar; der Umfang der Preisanhebungen ist allerdings kaum zu prognostizieren.

Novellierung des Energierechts

Die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes hat den Energieversorgern neue Pflichten auferlegt. Dies erfordert eine hohe Flexibilität des Unternehmens und seinen Mitarbeitern/innen.

Kostenerhebung für Netzentgelte

Netzentgelte werden von der Landesregulierungsbehörde Nordrhein-Westfalen auf Grundlage der von dem jeweiligen Stadtwerk nachgewiesenen Kosten genehmigt: 2010 war das Basisjahr für die Kostenerhebung in der Sparte Gas, in 2011 folgt die Kostenfestsetzung im Bereich Strom. Die Kostensituation des jeweiligen Basisjahrs bestimmt die Netzentgelte der Jahre 2013-2017 (Gas) bzw. 2014-2018 (Strom).

Zur Stabilisierung der zukünftigen Ertragslage ist die Geschäftsführung der Stadtwerke Ratingen GmbH um eine Kostenanerkennung durch die Regulierungsbehörde bestrebt.

Gründung der KomMITT-Ratingen GmbH

Die in 2011 vorgenommene Gründung der Tochtergesellschaft KomMITT-Ratingen GmbH umfasst folgendes Dienstleistungsangebot:

- Messstellenbetrieb und Messdienstleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung

  (-> Ausgliederung aus der Stadtwerke Ratingen GmbH),
- Betrieb von Kommunikationsnetzen bzw. -anlagen für den Messstellenbetrieb und
- Angebot und Verkauf von Telekommunikationsdienstleistungen.

Mit der Gründung der KomMITT-Ratingen GmbH und der Aufnahme des Messdienstleistungs- und Messstellenbetriebs ergeben sich regionale Multiplikatoreffekte: der Messstellenbetrieb und damit verbundene Dienstleistungen

a) fördern den Hauptzweck der Stadtwerke Ratingen GmbH (Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstiger Energie) und

b) erschließen Auftragspotentiale zum Vorteil der regionalen Wirtschaft.

Ausblick

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und massiver regulativer Eingriffe seitens der Aufsichtsbehörden bestehen für die Stadtwerke Ratingen GmbH zukünftig und insbesondere für das Jahr 2012 sehr gute Aussichten, sich am stark umkämpften Energiemarkt zu behaupten. Eine weitere Aufgabe wird es sein, die Stärken eines lokalen Versorgers mit seiner direkten Kundennähe zu festigen und weiter auszubauen. Die seit einigen Jahren durchgeführte Stromversorgung außerhalb des Netzgebietes wird weiter ausgebaut.

Für das Folgejahr wird die Stadtwerke Ratingen GmbH wieder ein auskömmliches, positives Jahresergebnis erzielen.

Ratingen, im Juli 2012

Stadtwerke Ratingen GmbH

Friedrich Schnadt
Geschäftsführer

FINANZPLAN 2013

Finanzbedarf

Für das Planjahr 2013 werden Finanzmittel in Höhe von 13.947 T€ benötigt.

Hiervon entfallen auf

	T€	%
• Investitionen in den einzelnen Betriebszweigen	8.430	60,5
• Darlehenstilgung	1.680	12,0
• Auflösung von Baukostenzuschüssen	1.022	7,3
• Gesellschafterdarlehen	2.815	20,2
Gesamt	**13.947**	**100**

Eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen für 2013 zeigt die Anlage 2.

Finanzdeckung

Die Finanzierung der in 2013 benötigten Mittel in Höhe von 13.947 T€ ist wie folgt vorgesehen:

	T€	%
Eigenfinanzierung		
• Abschreibungen	6.531	46,8
• Baukostenzuschüsse	850	6,1
• Tilgung Arbeitgeberdarlehen	51	0,4
• Kassenmittel	0	
• Zuführung aus Kapitalrücklage	3.600	25,8
• Tilgung Gesellschafterdarlehen	0	
Fremdfinanzierung	2.915	20,9
Gesamt	**13.947**	**100**

Erfolgsplan

Gesamtunternehmen

Stadtwerke Ratingen GmbH

	2011 Ist	2012 Prognose	2013 Planansatz	Differenz 2012/2013
Materialaufwand	69.289 T€	86.682 T€	86.648 T€	0,0%
Lohn und Gehalt	9.681 T€	9.987 T€	10.640 T€	6,5%
Sozialabgaben	1.853 T€	1.834 T€	2.039 T€	11,2%
Altersversorgung	715 T€	740 T€	788 T€	6,5%
Abschreibungen	7.068 T€	6.736 T€	6.531 T€	-3,0%
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.107 T€	2.173 T€	2.621 T€	20,6%
Steuern ohne Ertragssteuern	137 T€	81 T€	86 T€	5,6%
Konzessionsabgabe	5.155 T€	5.444 T€	5.435 T€	-0,2%
sonstiger ordentlicher Aufwand	5.610 T€	5.152 T€	5.218 T€	1,3%
Be-/Entlastung Gemeinkosten	0 T€	-8 T€	0 T€	
Gesamtkosten	**101.616 T€**	**118.820 T€**	**120.006 T€**	1,0%
a) Betriebserträge nach der Erfolgsrechnung	99.962 T€	113.526 T€	114.961 T€	1,3%
b) Betriebserträge nach Eigenverbrauch	8.187 T€	8.857 T€	8.921 T€	0,7%
c) Erlöse aus Beteiligungen	0 T€	43 T€	-15 T€	
Betriebserträge gesamt	**108.149 T€**	**122.425 T€**	**123.867 T€**	1,2%
Betriebsergebnis	**6.533 T€**	**3.605 T€**	**3.861 T€**	7,1%
Finanzerträge	15 T€	94 T€	145 T€	
Erlöse aus Auflösung Rückstellung	0 T€	1.874 T€	1.874 T€	
Aufwand aus Steuerlatenz	0 T€	559 T€	559 T€	
Steuern vom Einkommen + Ertrag	1.773 T€	1.110 T€	1.202 T€	
Unternehmensergebnis	**4.775 T€**	**3.904 T€**	**4.119 T€**	5,5%

Übersicht über die Inneren Verrechnungen

Bezeichnung	Ertrag 2013 €	Aufwand 2013 €	Ertrag 2012 €	Aufwand 2012 €
Aufwendungsersatz	4.211.510	4.211.510	4.253.600	4.253.600
Gebäudenebenkosten	6.596.040	6.596.040	6.431.720	6.431.720
Umlage Gebäudenebenkosten	358.560	358.560	281.650	281.650
Verwaltungsbetriebsausgaben	1.019.120	1.019.120	929.640	929.640
Leistungsverrechnung Bauhof	7.450.770	7.450.770	7.263.390	7.263.390
	19.636.000	**19.636.000**	**19.160.000**	**19.160.000**

nähere Ergebnisse in den Teilergebnisplänen der Produktgruppen

Bilanz zum 31.12.2011 der Stadtwerke Ratingen GmbH

	30.12.2011		31.12.2010
	€	€	€

Aktivseite

A	**Anlagevermögen**			
I.	immaterielle Vermögensgegenstände	1.823.170,00		1.602.610,00
II.	Sachanlagen	85.208.486,16		84.100.826,15
III	Finanzanlagen	522.890,02		555.054,43
			87.554.546,18	86.258.490,58
B.	**Umlaufvermögen**			
I.	Vorräte	1.193.099,97		1.028.425,53
II.	Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände	30.471.118,49		32.208.405,26
III	Kassenbestand, Postguthaben, Guthaben	3.506.995,63		5.158.403,53
			35.171.214,09	38.395.234,32
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		13.154,00	29.429,53
D.	**Aktive Steuerlatenz**		1.689.026,00	
	Summe		**124.427.940,27**	**124.683.154,43**

Passivseite

A.	**Eigenkapital**			
I.	gezeichnetes Kapital	10.941.920,00		10.941.920,00
II.	Kapitalrücklage	26.284.566,66		29.486.433,21
III.	Gewinnrücklage	6.219.330,94		
III.	Jahresüberschuß	4.775.190,32		4.791.830,30
			48.221.007,92	45.220.183,51
B.	**Empfangene Ertragszuschüsse**		6.925.497,61	8.143.107,56
C.	**Rückstellungen**		11.265.422,19	13.324.541,36
D.	**Verbindlichkeiten**		58.016.012,55	57.995.322,00
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		0,00	0,00
			124.427.940,27	**124.683.154,43**

Erfolgsplan

KomMITT Ratingen GmbH

Gesamtunternehmen

	Prognose 2012	2013 Planansatz
	T€	T€
Materialaufwand	110	309
Lohn und Gehalt	530	950
Sozialabgaben	68	190
Altersversorgung	33	76
Abschreibungen	346	585
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70	145
Steuern ohne Ertragssteuern	1	2
sonstiger ordentlicher Aufwand	787	743
Belastung/Entlastung Gemeinkosten	0	0
Gesamtkosten	**1.944**	**3.001**
a) Betriebserträge nach der Erfolgsrechnung	1.979	2.981
b) Betriebserträge nach Eigenverbrauch		0
Betriebserträge gesamt	**1.979**	**2.981**
Betriebsergebnis	**35**	**-20**
Finanzerträge		0
außerordentliche Aufwendungen		0
Steuern vom Einkommen + Ertrag		0
Unternehmensergebnis / Abführung an die Stadtwerke Ratingen	**35**	**-20**

FINANZPLAN 2013

Finanzbedarf

Für das Planjahr 2013 werden Finanzmittel in Höhe von 4.400 T€ benötigt.
Hiervon entfallen auf

	T€	%
▪ Investitionen	4.400	100
▪ Darlehenstilgung	0	0
Gesamt	4.400	100

Eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen zeigt die Anlage 2.

Finanzdeckung

Die Finanzierung der in 2013 benötigten Mittel in Höhe von 4.400 T€ ist wie folgt vorgesehen:

	T€	%
Eigenmittel		
▪ Abschreibungen	585	13
▪ Einlage von Eigenkapital	1.000	23
Fremdmittel		
▪ Gesellschafterdarlehen	2.815	64
▪ Bankdarlehen		
Gesamt	4.400	100

KomMITT-Ratingen GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Unternehmen, Geschäft und Rahmenbedingungen

Die KomMITT-Ratingen GmbH wurde im Oktober 2011 als 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Ratingen GmbH gegründet. Sie umfasst folgendes Dienstleistungsangebot:

- Messstellenbetrieb und Messdienstleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung (Ausgliederung aus der Stadtwerke Ratingen GmbH),
- Betrieb von Kommunikationsnetzen bzw. -anlagen und
- Angebot und Verkauf von Telekommunikationsdienstleistungen.

Nach der Liberalisierung des Messstellenbetriebs bietet die Ausgliederung dieses Bereiches die Möglichkeit, unter wettbewerblichen Bedingungen und überregional zu agieren.

Die Tätigkeit der KomMITT im Bereich der Telekommunikation (Aufbau eines Glasfasernetzes und Angebot von Telekommunikationsdienstleistungen) ergänzt das Angebot der Stadtwerke im Infrastrukturaufbau und bietet die Möglichkeit, Versorgungsleistungen aus einer Hand anzubieten.

In 2011 wurden die Grundlagen des Geschäftsbetriebs geschaffen:

- Auswahl des Vorleistungslieferanten im Bereich Internet, Telefon und Netzbetrieb
- Entscheidung, das TV-Signal u.a. für das Triple-Play-Produkt mittels eigener Kopfstation selbst zu erzeugen. Dies bietet insbesondere eine höhere Flexibilität bei der Produktgestaltung und verlagert OPEX auf CAPEX. Für die Kopfstation wurde ein entsprechender Anbieter beauftragt.
- Auswahl einer Marketingagentur
- Angebotseinholung und Vorauswahl eines Anbieters für den Bau des zentralen Technikstandorts in der Sandstraße.

Der schon zu Beginn des Jahres 2011 begonnene Netzausbau in Breitscheid-Nord wurde weiter voran getrieben. Die notwendige Zugangstechnik (Alcatel-Lucent ISAM 7302) wurde installiert und in Betrieb genommen. In Zusammenarbeit mit der Marketingagentur wurden die Corporate Identity und das Corporate Design der Marken KomMITT-Ratingen GmbH und rapeedo entwickelt sowie die Marken angemeldet.

Der Markteintritt mit der Vorstellung des Unternehmens und der rapeedo Produkte in Breitscheid-Nord erfolgte Mitte November. Die ersten Kunden wurden im Dezember ans Netz genommen und mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

In 2011 wurden im Bereich Telekommunikation noch keine **Erträge** erwirtschaftet. Im Messstellenbetrieb wurden 62 T € aus der Verpachtung von Zählern erwirtschaftet. Dagegen stehen 27 T€ Kosten der Interims-Geschäftsführung.

Vermögenslage

Die **Vermögenslage** der KomMITT ist in 2011 durch die Übernahme des Anlagevermögens des Messstellenbetriebs und der Telekommunikation geprägt.

	2011 **T€**
Anlagevermögen	2.508
Finanzmittelbestand	19
Übriges Vermögen	489
BILANZSUMME	**3.016**
Eigenkapital	25
Konzernverbindlichkeiten	2.936
Verbindlichkeiten aus L&L	43
Sonstige Verbindlichkeiten	12

3. Personalbericht

Zum Zeitpunkt der Gesellschaftsgründung wurden Herr Heinz Siefen und Herr Klaus Konrad Pesch zu Geschäftsführern der KomMITT berufen.
Mit Wirkung zum 01.11.2011 wurde Herr Arnd Janus in seiner Funktion als Leiter Datennetz und Telekommunikation zum Prokuristen bestellt.
Ab 14.11.2011 wurde Frau Sabrina Stromer über die Zeitarbeit als Kundenbetreuerin eingestellt.
Zusätzlich unterstützte Frau Melanie Siefen dienstleistend über die ESN EnergieSystemeNord GmbH das Unternehmen im Aufbau in diversen Bereichen.

4. Risikobericht

Risikomanagement ist für die KomMITT-Ratingen GmbH die Grundlage unternehmerischen Handelns. Mit dem Ziel, den Unternehmenswert zu steigern, werden nicht nur Chancen wahrgenommen, sondern auch Risiken eingegangen. Um diese möglichst früh zu erkennen und abzuwägen, wird in 2012 ein entsprechendes Risikomanagement implementiert.

Vor Einführung des neuen Geschäftsfeld Telekommunikation wurden die folgenden wesentlichen Risiken identifiziert:

Wettbewerb	Im Telekommunikationsbereich herrscht durch eine hohe Markttransparenz sowie durch die Vereinfachung von Kundenwechselprozessen eine hohe Wettbewerbsintensität. Wir begegnen dieser Entwicklung mit dem Aufbau eines professionellen Vertriebs sowie einer entsprechenden Kundenbindungsstrategie. Das Alleinstellungsmerkmal der hohen Bandbreite sowie die technischen Voraussetzungen der Glasfaser, bieten insbesondere im Geschäftskundenbereich qualitativ hochwertige Produkte zu moderaten Preisen. Im Rahmen des First-Mover-Ansatzes ist der Aufbau eines Glasfasernetzes durch Wettbewerber nicht zu erwarten.
Umsatz	Der Telekommunikationsmarkt ist durch Preiskämpfe und stetig fallende Preise geprägt. Um diesem Risiko zu begegnen, werden die Produkte so gestaltet, dass sie sich vom Wettbewerber insbesondere in Bezug auf die Bandbreite differenzieren, aber dennoch genug Möglichkeiten für Produktenwicklungen (z.B. ein höheres Upstream) in der Zukunft bieten.
Baukosten	Die Baukosten des Netzes und der Hausanschlüsse machen einen beachtlichen Anteil der Investitionen aus. Um diesem Risiko zu begegnen, soll nur in Gebieten ausgebaut werden, in denen das Interesse der potentiellen Kunden nachgewiesen ist (Voraussetzung für den Gebietsausbau ist die Vorlage von 60 % der potentiellen Grundstückseigentümererklärungen).
Regulierungsrisiko	Das Regulierungsrisiko wird derzeit als gering eingeschätzt, da ein starker Wettbewerb durch Kabelnetzbetreiber und die Telekom vorhanden ist. Das Risiko bedarf allerdings dennoch einer besonderen Beobachtung.

5. Ausblick

Die KomMITT wird in 2012 in eigene Räumlichkeiten ziehen und dort ihren Geschäftsbetrieb weiter entwickeln.

Der Kundenzuwachs in Breitscheid-Nord soll kontinuierlich voran getrieben werden. Darüber hinaus wird der konkrete Netzausbau in Ratingen geplant und begonnen werden. Auch die Marke rapeedo soll weiter entwickelt und ihre Bekanntheit ausgebaut werden.

Ratingen, im Juli 2012

KomMITT-Ratingen GmbH

Arnd Janus
Geschäftsführer

Klaus Konrad Pesch
Geschäftsführer

Bilanz zum 31.12.2011 der KomMITT-Ratingen GmbH

		30.12.2011 €	€
Aktivseite			
A	**Anlagevermögen**		
I.	immaterielle Vermögensgegenstände	101.428,00	
II.	Sachanlagen	2.406.785,00	2.508.213,00
B.	**Umlaufvermögen**		
1.	Sonstige Vermögensgegenstände	488.959,18	
2.	Kassenbestand, Guthaben	18.744,47	507.703,65
	Summe		**3.015.916,65**

Passivseite			
A.	**Eigenkapital**		
I.	gezeichnetes Kapital	25.000,00	
II.	Jahresergebnis	0,00	25.000,00
B.	**Verbindlichkeiten**		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferung /Leistung	43.506,75	
2.	Verbindlichkeiten geenüber Gesellschaftern	2.935.629,90	
3.	sonstige Verbindlichkeiten	11.780,00	2.990.916,65
			3.015.916,65

Ratingen Marketing GmbH / Auszug Wirtschaftsplan 2013
Erfolgsplan

Gewinn- und Verlustrechung/planung		**Ergebnis 2012**	
Alle Angaben in Euro, netto	Plan 2012	**vorläufig**	Plan 2013
Erträge			
Finanzierungszuschuss Stadt Ratingen (netto)	214.620	214.620	214.620
Sonstige Erträge	32.000	48.000	139.900
Summe Umsatzerlöse, Erträge	**246.620**	**262.620**	**354.520**
Aufwendungen			
Aufwendungen für Projekte,Veranstaltungen	21.050	20.000	129.760
Personalaufwendungen inkl. Personalnebenaufw.	97.000	75.000	140.000
Abschreibungen	12.000	7.000	11.000
Raumaufwendungen	17.500	17.500	17.600
Versicherungen, Beiträge,Darlehenszinsen	3.800	3.800	3.400
Werbe-/Reiseaufwendungen	3.300	3.300	5.300
Sonstige Betriebsaufwendungen	42.100	43.900	35.100
Summe Aufwendungen	**196.750**	**170.500**	**342.160**
Ergebnis	**49.870**	**92.120**	**12.360**

Anlage VI: Stellenplan, Teil A: Beamte/Beamtinnen

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs-gruppen		Zahl der Stellen 2013	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
Wahlbeamte						
Bürgermeister	**B 7**		1	1	1	
Beigeordneter	**B 4**		1	1	1	
Beigeordneter	**B 3**		3	3	3	
Höherer Dienst						
Ltd. Verwaltungsdirektor/in	**A 16**		1	1	1	
Verwaltungsdirektor/in	**A 15**		6	8	7	1 Stelle kw
Oberverwaltungsrat/-rätin	**A 14**		10	11	8	
Oberverwaltungsrat/-rätin	**A 14**	**HT**	2	2	2	
Verwaltungsrat/-rätin	**A 13**		7	6	6	
Gehobener Dienst						
Oberamtsrat/-rätin	**A 13+Z**		0	0	0	
Oberamtsrat/-rätin	**A 13**		11	12	12	
Amtsrat/-rätin	**A 12**		22	23	23	1 Stelle kw
Amtmann/-frau	**A 11**		48	49	45	1 Stelle kw, 1 Stelle ku
Amtmann/-frau	**A 11**	**HT**	6	6	6	
Oberinspektor/in	**A 10**		39	37	33	1 Stelle kw
Oberinspektor/in	**A 10**	**HT**	7	9	8	
Oberinspektor/in	**A 10**	**TZ**	2	2	1	
Inspektor/in	**A 9**		11	11	9	
Mittlerer Dienst						
Amtsinspektor/in	**A 9 +Z**		5	5	4	
Amtsinspektor/in	**A 9**		35	36	34	2 Stellen ku
Amtsinspektor/in	**A 9**	**HT**	5	5	5	1 Stelle kw, 1 Stelle ku
Hauptsekretär/in	**A 8**		65	66	55	1 Stelle ku
Hauptsekretär/in	**A 8**	**HT**	9	6	6	
Obersekretär/in	**A 7**		5	6	5	3 Stellen kw
Sekretär/in	**A 6**		5	5	2	
Insgesamt			**306**	**311**	**277**	

Z = Stellenzulage

Anlage VI: Stellenplan, Teil B: Beschäftigte

Entgeltgruppen		Zahl der Stellen 2013*	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
15		5	4	4	
14		7	7	6	
13		19	19	19	1 Stelle kw, 1 Stelle ku
13	**HT**	5	1	1	
12		19	19	18	
12	**HT**	2	3	3	
11		48	43	38	
11	**HT**	3	3	2	1 Stelle kw
11	**TZ**	1	1	0	
10		37	42	40	1 Stelle ku
10	**HT**	2	1	1	
9		92	91	81	2 Stellen kw, 25 Stellen ku
9	**HT**	11	13	11	4 Stellen ku
9	**TZ**	1	1	1	1 Stelle ku
8		60	62	56	1 Stellen kw, 7 Stellen ku
8	**HT**	21	17	16	2 Stellen kw, 4 Stellen ku
8	**TZ**	3	3	3	
7		13	19	19	3 Stelle ku
6		145	133	123	1 Stelle kw, 7 Stellen ku
6	**HT**	19	19	18	1 Stelle kw, 5 Stellen ku
6	**TZ**	3	3	3	1 Stelle ku
5		56	65	62	1 Stelle kw 25 Stellen ku
5	**HT**	15	15	14	2 Stellen kw
5	**TZ**	2	2	1	
4		40	39	39	2 Stelle ku
4	**HT**	5	5	4	
3		7	7	3	
3	**HT**	1	2	1	
2	**HT**	7	7	6	1 Stelle kw
2	**TZ**	1	2	1	1 Stelle kw, 4 Stellen ku
1	**HT**	6	6	5	
Insgesamt		**656**	**654**	**599**	

* Ohne die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Für diese gilt seit dem 01.11.2009 eine eigene Entgelttabelle S (s. Anlage VI, Teil C)

Anlage VI: Stellenplan, Teil C: Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Entgeltgruppen		Zahl der Stellen 2013*	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
S 18		3	3	3	
S 17		9	9	9	
S 17	**HT**	2	2	1	
S 15		18	18	16	
S 15	**HT**	3	3	3	
S 13		10	10	8	
S 12		7	7	7	
S 12	**HT**	4	4	4	
S 11		13	13	12	
S 11	**HT**	5	5	3	
S 11	**TZ**	2	2	2	
S 10		4	4	4	
S 8		7	7	7	
S 7		1	1	0	
S 6		71	71	61	
S 6	**HT**	8	7	7	
S 6	**TZ**	1	1	1	
S 4		7	7	6	
S 4	**TZ**	1	1	1	
S 3		31	31	24	
S 3	**HT**	19	18	14	
Insgesamt		**226**	**224**	**193**	

* Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gilt seit dem 01.11.2009 eine eigene Entgelttabelle S.

Anlage VI: Stellenplan, Teil A: Beamte/Beamtinnen - vollzeitverrechnet -

Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungs-gruppen	Zahl der Stellen 2013	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
Wahlbeamte					
Bürgermeister	**B 7**	1,0	1,0	1,0	
Beigeordneter	**B 4**	1,0	1,0	1,0	
Beigeordneter	**B 3**	3,0	3,0	3,0	
Höherer Dienst					
Ltd. Verwaltungsdirektor/in	**A 16**	1,0	1,0	1,0	
Verwaltungsdirektor/in	**A 15**	6,0	8,0	7,0	1 Stelle kw
Oberverwaltungsrat/-rätin	**A 14**	11,6	12,6	9,2	
Verwaltungsrat/-rätin	**A 13**	7,0	6,0	6,0	
Gehobener Dienst					
Oberamtsrat/-rätin	**A 13+Z**	0,0	0,0	0,0	
Oberamtsrat/-rätin	**A 13**	11,0	12,0	11,5	
Amtsrat/-rätin	**A 12**	22,0	23,0	22,7	1 Stelle kw
Amtmann/-frau	**A 11**	52,2	53,2	47,6	1 Stelle kw, 1 Stelle ku
Oberinspektor/in	**A 10**	43,4	43,5	37,4	1 Stelle kw
Inspektor/in	**A 9**	11,0	11,0	8,2	
Mittlerer Dienst					
Amtsinspektor/in	**A 9 +Z**	5,0	5,0	4,0	
Amtsinspektor/in	**A 9**	38,2	39,2	35,6	1 Stelle kw, 3 Stellen ku
Hauptsekretär/in	**A 8**	70,1	68,5	57,2	1 Stelle ku
Obersekretär/in	**A 7**	5,0	6,0	5,0	3 Stellen kw
Sekretär/in	**A 6**	5,0	5,0	2,0	
Insgesamt		**293,5**	**298,9**	**259,4**	

Z = Stellenzulage

Anlage VI: Stellenplan, Teil B: Beschäftigte - vollzeitverrechnet -

Entgeltgruppen	Zahl der Stellen 2013*	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
15	5,0	4,0	3,8	
14	7,0	7,0	6,0	
13	22,4	19,8	19,2	1 Stelle kw, 1 Stelle ku
12	20,3	21,0	19,9	
11	50,4	45,5	37,2	1 Stelle kw
10	38,3	42,8	39,5	1 Stelle ku
9	99,7	99,8	82,8	2 Stellen kw, 30 Stellen ku
8	76,0	74,7	65,9	3 Stellen kw, 11 Stellen ku
7	13,0	19,0	19,0	3 Stellen ku
6	159,4	147,4	132,0	2 Stellen kw, 13 Stellen ku
5	67,1	76,1	67,1	3 Stellen kw, 25 Stellen ku
4	43,8	42,8	42,2	2 Stellen ku
3	7,8	8,5	3,6	
2	5,1	5,1	4,1	2 Stellen kw, 4 Stellen ku
1	3,7	3,7	3,1	
Insgesamt	**618,8**	**617,1**	**545,3**	

* Ohne die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Für diese gilt seit dem 01.11.2009 eine eigene Entgelttabelle (s. Anlage VI, Teil C)

Anlage VI: Stellenplan, Teil C: Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst - vollzeitverrechnet -

Entgeltgruppen	Zahl der Stellen 2013*	Zahl der Stellen 2012 (inkl. 1. Nachtrag)	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2012	Vermerke
S 18	3,0	3,0	3,0	
S 17	10,1	10,1	9,6	
S 15	19,6	19,6	15,5	
S 13	10,0	10,0	8,0	
S 12	9,8	9,8	8,0	
S 11	16,9	16,9	15,1	
S 10	4,0	4,0	3,9	
S 8	7,0	7,0	6,7	
S 7	1,0	1,0	0,0	
S 6	77,3	76,5	61,4	
S 4	7,1	7,1	5,5	
S 3	44,6	43,8	27,0	
Insgesamt	**210,4**	**208,9**	**163,7**	

* Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst gilt seit dem 01.11.2009 eine eigene Entgelttabelle S.

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/1: Aufteilung nach der Gliederung (vollzeitverrechnet) - Beamte/Beamtinnen -

		Wahlbeamte			Höherer Dienst				Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst					
Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	B7	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A13+Z	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A9+Z	A 9	A 8	A 7	A 6	Summe
01.10	Politische Gremien u. Verwaltungsführung	1,00	1,00	3,00		1,00	1,98	1,00			1,00									9,98
01.15	Beschäftigtenvertretung																			0,00
01.20	Rechnungsprüfung					1,00		1,00			1,00	0,61								3,61
01.30	Zentrale Verwaltungsdienste											1,00	1,00			1,00	1,00		1,00	5,00
01.40	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement					1,00				1,00	2,00	1,00	1,00	1,00		1,00	0,50			8,50
01.50	Kommuale Dienste									1,00		1,00	0,48			0,50	0,61			3,59
01.60	Personalmanagement u. Organisation							2,00			3,00	4,00	8,70	5,00		1,00	4,00	2,00	4,00	33,70
01.70	Technikunterstützte Informationsverarbeitung									1,00	1,00	1,00					1,00			4,00
01.80	Finanzmanagement und Rechnungswesen				1,00			1,00			2,00	5,78	6,50			4,00	5,78			26,06
01.90	Recht und Versicherungen						0,78			1,00	1,00	1,00								3,78
01	Innere Verwaltung	1,00	1,00	3,00	1,00	3,00	2,76	5,00	0,00	4,00	11,00	15,39	17,68	6,00	0,00	7,50	12,89	2,00	5,00	98,22
02.10	Ordnungsangelegenheiten						1,00				2,00	2,00	3,50		1,00	2,00	7,23			18,73
02.20	Verkehrsangelegenheiten										1,00	1,00				0,66				2,66
02.40	Feuerwehr und Rettungsdienst						1,00			2,00	1,00	8,00	5,00	1,00	3,00	20,00	44,00	3,00		88,00
02	Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	4,00	11,00	8,50	1,00	4,00	22,66	51,23	3,00	0,00	109,39

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/1: Aufteilung nach der Gliederung (vollzeitverrechnet) - Beamte/Beamtinnen -

		Wahlbeamte			Höherer Dienst				Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst					
Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	B7	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A13+Z	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A9+Z	A 9	A 8	A 7	A 6	Summe
03.10	Grundschulen													1,00						1,00
03.20	Hauptschule																			0,00
03.30	Realschulen																			0,00
03.40	Gymnasien																			0,00
03.50	Gesamtschule																			0,00
03.60	Sonderschule																			0,00
03.70	Sonstige zentrale Leistungen des Schulträgers									1,00	2,00	2,50	1,00							6,50
03	Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	2,00	2,50	1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,50
04.10	Volkshochschule											1,00	1,00							2,00
04.20	Musikschule												1,00							1,00
04.30	Stadtbibliothek																			0,00
04.40	Stadtmuseum																			0,00
04.50	Stadtarchiv											1,00								1,00
04.60	Stadttheater																1,00			1,00
04.70	Kulturverwaltung, Veranstaltungen, Förderung						0,80				1,00									1,80
04	Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,80	0,00	0,00	0,00	1,00	2,00	2,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	6,80

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/1: Aufteilung nach der Gliederung (vollzeitverrechnet) - Beamte/Beamtinnen -

		Wahlbeamte			Höherer Dienst				Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst					
Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	B7	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A13+Z	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A9+Z	A 9	A 8	A 7	A 6	Summe
05.10	Unterstützung für Senioren									0,35										0,35
05.20	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit											1,00	1,00		1,00					3,00
05.30	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleitungen/ Sonstige allgemeine Sozialverwaltung						1,00			1,65	2,00	8,78	5,50	1,00		1,73	2,00			23,66
05.40	Allgemeine Unterstützung sozialer Einrichtungen																			0,00
05	Soziale Hilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	2,00	2,00	9,78	6,50	1,00	1,00	1,73	2,00	0,00	0,00	27,01
06.10	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen									0,20		0,70				3,50				4,40
06.20	Kinder- und Jugendarbeit									0,20		0,30				1,00				1,50
06.30	Familienhilfen									0,60		3,78	1,50	1,00						6,88
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	4,78	1,50	1,00	0,00	4,50	0,00	0,00	0,00	12,78
07.10	Gesundheitsdienste																			0,00
07	Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08.10	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen						0,60						0,50							1,10
08.20	Eissporthalle										0,30		0,50							0,80
08.30	Sportförderung						0,40				0,70									1,10
08	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00
09.10	Räumliche Planung und Entwicklung					2,00	2,00	1,00				1,78		1,00						7,78
09	Räumliche Planung und Entwicklung	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	1,00	0,00	0,00	0,00	1,78	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,78

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/1: Aufteilung nach der Gliederung (vollzeitverrechnet) - Beamte/Beamtinnen -

		Wahlbeamte			Höherer Dienst				Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst					
Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	B7	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A13+Z	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A9+Z	A 9	A 8	A 7	A 6	Summe
10.10	Maßnahmen der Bauaufsicht, Denkmalschutz						2,00						3,00							5,00
10.20	Wohnungsangelegenheiten															0,78	1,00			1,78
10	Bauen und Wohnen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,78	1,00	0,00	0,00	6,78
11.10	Abfallwirtschaft																			0,00
11.20	Stadtentwässerung							1,00					0,78							1,78
11.30	Sonstige Versorgungsunternehmen																			0,00
11	Ver- und Entsorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,78
12.10	Verkehrsflächen und -anlagen					1,00					1,00	2,00	1,50				1,00			6,50
12.20	Verkehrssicherung																			0,00
12.30	ÖPNV																			0,00
12.40	Straßenreinigung und Winterdienst																			0,00
12	Verkehrsflächen und -anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	2,00	1,50	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	6,50
13.10	Öffentliches Grün, Wasserflächen											1,00				1,00				2,00
13.20	Bestattungswesen																1,00			1,00
13	Natur- und Landschaftspflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	3,00
14.10	Umweltschutz																			0,00
14	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/1: Aufteilung nach der Gliederung (vollzeitverrechnet) - Beamte/Beamtinnen -

		Wahlbeamte			Höherer Dienst				Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst					
Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	B7	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A13+Z	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A9+Z	A 9	A 8	A 7	A 6	Summe
15.10	Wirtschaftsförderung und Tourismus									1,00		1,00								2,00
15.20	Stadtmarketing																			0,00
15.30	Freizeiteinrichtungen											1,00								1,00
15	Wirtschaft und Tourismus	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00
16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft																			0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17.10	Stiftungen																			0,00
17	Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Gesamt	1,00	1,00	3,00	1,00	6,00	11,56	7,00	0,00	11,00	22,00	52,23	43,46	11,00	5,00	38,17	70,12	5,00	5,00	293,54

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/2: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte -

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe
01.10	Politische Gremien u. Verwaltungsführung			1,00		0,85		8,00	4,18								14,03
01.15	Beschäftigtenvertretung				1,00	1,00	1,00										3,00
01.20	Rechnungsprüfung			2,00			0,77										2,77
01.30	Zentrale Verwaltungsdienste						1,00	3,00	4,41		12,71	5,00	2,24		4,24	3,71	36,31
01.40	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement			4,00	1,00	10,00	2,00	2,00			2,00						21,00
01.50	Kommunale Dienste	1,00			2,00	1,00	1,00	3,00	5,77	10,00	45,00	18,50	27,00	2,00			116,27
01.60	Personalmanagement u. Organisation	0,80		0,67		1,47	2,00	3,00	1,00		11,00	3,00		3,00			25,94
01.70	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	0,20			2,00	7,15	3,00	1,00									13,35
01.80	Finanzmanagement und Rechnungswesen			1,00			2,00	3,00	5,24		0,77	0,38					12,39
01.90	Recht und Versicherungen	1,00		1,00	0,77	1,00		0,82									4,59
01	Innere Verwaltung	3,00	0,00	9,67	6,77	22,47	12,77	23,82	20,60	10,00	71,48	26,88	29,24	5,00	4,24	3,71	249,65
02.10	Ordnungsangelegenheiten					1,00	0,50	5,00	15,89								22,39
02.20	Verkehrsangelegenheiten						1,00	1,00	2,00			6,62					10,62
02.40	Feuerwehr und Rettungsdienst													2,00			2,00
02	Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,50	6,00	17,89	0,00	0,00	6,62	0,00	2,00	0,00	0,00	35,01

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/2: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte -

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe
03.10	Grundschulen							1,00	1,00		8,35	11,81					22,16
03.20	Hauptschule										1,27						1,27
03.30	Realschulen										5,04						5,04
03.40	Gymnasien							1,00	5,31		5,00						11,31
03.50	Gesamtschule								1,00		2,44						3,44
03.60	Sonderschule										1,27						1,27
03.70	Sonstige zentrale Leistungen des Schulträgers				1,00		1,00		1,77		1,00						4,77
03	Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	1,00	2,00	9,08	0,00	24,37	11,81	0,00	0,00	0,00	0,00	49,26
04.10	Volkshochschule	1,00		2,00				1,00	0,77								4,77
04.20	Musikschule			1,00			3,00	13,90			0,46						18,36
04.30	Stadtbibliothek		0,80			1,00	3,00	6,54	1,00		6,64	3,99					22,97
04.40	Stadtmuseum		1,00	1,00				1,00			1,00			0,77			4,77
04.50	Stadtarchiv		0,20						0,50								0,70
04.60	Stadttheater						1,00	1,00	1,00								3,00
04.70	Kulturverwaltung, Veranstaltungen, Förderung					0,99		1,00			0,64						2,63
04	Kultur	1,00	2,00	4,00	0,00	1,99	7,00	24,44	3,27	0,00	8,74	3,99	0,00	0,77	0,00	0,00	57,20

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/2: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte -

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe
05.10	Unterstützung für Senioren											3,00	0,77				3,77
05.20	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit							1,00	0,77								1,77
05.30	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleitungen/ Sonstige						7,00	6,54	8,83								22,37
05.40	Allgemeine Unterstützung sozialer Einrichtungen																0,00
05	Soziale Hilfen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,00	7,54	9,60	0,00	0,00	3,00	0,77	0,00	0,00	0,00	27,91
06.10	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	0,40						2,00	4,00				0,77		0,82		7,99
06.20	Kinder- und Jugendarbeit	0,20					0,50	0,30			8,00	2,00	1,00				12,00
06.30	Familienhilfen	0,40	1,00	3,77				2,20			1,00						8,37
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1,00	1,00	3,77	0,00	0,00	0,50	4,50	4,00	0,00	9,00	2,00	1,77	0,00	0,82	0,00	28,36
07.10	Gesundheitsdienste																0,00
07	Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08.10	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen				1,00				1,00		4,00	5,00	2,00				13,00
08.20	Eissporthalle							1,00			4,00		1,00				6,00
08.30	Sportförderung							1,00									1,00
08	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	2,00	1,00	0,00	8,00	5,00	3,00	0,00	0,00	0,00	20,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/2: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte -

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe
09.10	Räumliche Planung und Entwicklung		2,00	1,00	4,51	5,35	1,00	6,49	1,00		3,77						25,12
09	Räumliche Planung und Entwicklung	0,00	2,00	1,00	4,51	5,35	1,00	6,49	1,00	0,00	3,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,12
10.10	Maßnahmen der Bauaufsicht, Denkmalschutz		1,00	1,00	3,00	4,00		2,00	1,00		1,00	0,77					13,77
10.20	Wohnungsangelegenheiten						1,00	2,77	2,50		6,00						12,27
10	Bauen und Wohnen	0,00	1,00	1,00	3,00	4,00	1,00	4,77	3,50	0,00	7,00	0,77	0,00	0,00	0,00	0,00	26,04
11.10	Abfallwirtschaft																0,00
11.20	Stadtentwässerung			0,50	2,00	8,00	3,00	4,04			2,00						19,54
11.30	Sonstige Versorgungsunternehmen																0,00
11	Ver- und Entsorgung	0,00	0,00	0,50	2,00	8,00	3,00	4,04	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,54
12.10	Verkehrsflächen und -anlagen			1,30	1,30	3,00	1,90	4,15	1,00		4,80	1,00	2,00				20,45
12.20	Verkehrssicherung			0,20	0,70		0,10	0,35			0,20						1,55
12.30	ÖPNV					0,15											0,15
12.40	Straßenreinigung und Winterdienst																0,00
12	Verkehrsflächen und -anlagen	0,00	0,00	1,50	2,00	3,15	2,00	4,50	1,00	0,00	5,00	1,00	2,00	0,00	0,00	0,00	22,15
13.10	Öffentliches Grün, Wasserflächen		1,00			3,41	0,50	3,77	2,00	2,00	12,00	4,00	3,00				31,68
13.20	Bestattungswesen						1,00	2,00		1,00	8,00	2,00	3,00				17,00
13	Natur- und Landschaftspflege	0,00	1,00	0,00	0,00	3,41	1,50	5,77	2,00	3,00	20,00	6,00	6,00	0,00	0,00	0,00	48,68

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/2: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte -

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe
14.10	Umweltschutz			1,00		1,00			1,00								3,00
14	Umweltschutz	0,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00
15.10	Wirtschaftsförderung und Tourismus							1,82									1,82
15.20	Stadtmarketing																0,00
15.30	Freizeiteinrichtungen							2,00	2,00				1,00				5,00
15	Wirtschaft und Tourismus	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,82	2,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	6,82
16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft																0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17.10	Stiftungen																0,00
17	Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Gesamt	5,00	7,00	22,44	20,28	50,37	38,27	99,69	75,94	13,00	159,36	67,07	43,78	7,77	5,06	3,71	618,74

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/3: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst-

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	Summe
01.10	Politische Gremien u. Verwaltungsführung																	0,00
01.15	Beschäftigtenvertretung																	0,00
01.20	Rechnungsprüfung																	0,00
01.30	Zentrale Verwaltungsdienste																	0,00
01.40	Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement																	0,00
01.50	Kommunale Dienste																	0,00
01.60	Personalmanagement u. Organisation																	0,00
01.70	Technikunterstützte Informationsverarbeitung																	0,00
01.80	Finanzmanagement und Rechnungswesen																	0,00
01.90	Recht und Versicherungen																	0,00
01	Innere Verwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
02.10	Ordnungsangelegenheiten																	0,00
02.20	Verkehrsangelegenheiten																	0,00
02.40	Feuerwehr und Rettungsdienst																	0,00
02	Sicherheit und Ordnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/3: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst-

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	Summe
03.10	Grundschulen																	0,00
03.20	Hauptschule																	0,00
03.30	Realschulen																	0,00
03.40	Gymnasien																	0,00
03.50	Gesamtschule																	0,00
03.60	Sonderschule																	0,00
03.70	Sonstige zentrale Leistungen des Schulträgers																	0,00
03	Schulträgeraufgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
04.10	Volkshochschule																	0,00
04.20	Musikschule																	0,00
04.30	Stadtbibliothek																	0,00
04.40	Stadtmuseum																	0,00
04.50	Stadtarchiv																	0,00
04.60	Stadttheater																	0,00
04.70	Kulturverwaltung, Veranstaltungen, Förderung																	0,00
04	Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/3: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst-

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	Summe
05.10	Unterstützung für Senioren													5,00				5,00
05.20	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit																	0,00
05.30	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleitungen/ Sonstige	1,00	1,00						4,00									6,00
05.40	Allgemeine Unterstützung sozialer Einrichtungen																	0,00
05	Soziale Hilfen	1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	0,00	0,00	11,00
06.10	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	0,50	2,20		1,00		10,00			4,00		5,00	1,00	72,29		4,00	43,90	143,89
06.20	Kinder- und Jugendarbeit	0,50	4,00		3,00			9,81	5,98			1,99				3,06	0,68	29,02
06.30	Familienhilfen	1,00	2,94		15,64				6,90									26,48
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	2,00	9,14	0,00	19,64	0,00	10,00	9,81	12,88	4,00	0,00	6,99	1,00	72,29	0,00	7,06	44,58	199,39
07.10	Gesundheitsdienste																	0,00
07	Gesundheitsdienste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
08.10	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen																	0,00
08.20	Eissporthalle																	0,00
08.30	Sportförderung																	0,00
08	Sportförderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/3: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst-

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	Summe
09.10	Räumliche Planung und Entwicklung																	0,00
09	Räumliche Planung und Entwicklung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10.10	Maßnahmen der Bauaufsicht, Denkmalschutz																	0,00
10.20	Wohnungsangelegenheiten																	0,00
10	Bauen und Wohnen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11.10	Abfallwirtschaft																	0,00
11.20	Stadtentwässerung																	0,00
11.30	Sonstige Versorgungsunternehmen																	0,00
11	Ver- und Entsorgung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.10	Verkehrsflächen und -anlagen																	0,00
12.20	Verkehrssicherung																	0,00
12.30	ÖPNV																	0,00
12.40	Straßenreinigung und Winterdienst																	0,00
12	Verkehrsflächen und -anlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13.10	Öffentliches Grün, Wasserflächen																	0,00
13.20	Bestattungswesen																	0,00
13	Natur- und Landschaftspflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil A/3: Aufteilung nach der Gliederung - Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst-

Produkt-gruppe Produkt-bereich	Bezeichnung	S 18	S 17	S 16	S 15	S14	S 13	S 12	S 11	S 10	S 9	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	Summe
14.10	Umweltschutz																	0,00
14	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15.10	Wirtschaftsförderung und Tourismus																	0,00
15.20	Stadtmarketing																	0,00
15.30	Freizeiteinrichtungen																	0,00
15	Wirtschaft und Tourismus	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16.10	Allgemeine Finanzwirtschaft																	0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17.10	Stiftungen																	0,00
17	Stiftungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Gesamt	3,00	10,14	0,00	19,64	0,00	10,00	9,81	16,88	4,00	0,00	6,99	1,00	77,29	0,00	7,06	44,58	210,39

Anlage VII: Stellenübersicht, Teil B: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte			
Bezeichnung	**Art der Vergütung**	**vorgesehen für 2013** (Stichtag 01.10.)	**beschäftigt am 01.10.2012**
Stadtinspektoranwärter/innen	**Anwärterbezug**	**3**	**4**
Stadtsekretäranwärter/innen	**Anwärterbezug**	**0**	**0**
Brandoberinspektoranwärter	**Anwärterbezug**	**0**	**0**
Brandmeisteranwärter	**Anwärterbezug**	**5**	**4**
Verwaltungsfachangestellte	**Ausbildungsvergütung**	**2**	**2**
FA für Medien-u.Informationsdienste **Fachrichtung - Bibliothek -** **Fachrichtung - Archiv -**	**Ausbildungsvergütung**	 **1** **1**	 **2** **1**
Vermessungstechniker/innen	**Ausbildungsvergütung**	**0**	**0**
Fachinformatiker/innen Systemtechnik	**Ausbildungsvergütung**	**1**	**2**
Straßenbauer/innen	**Ausbildungsvergütung**	**2**	**4**
KfZ-Mechatroniker/innen	**Ausbildungsvergütung**	**2**	**2**
Gärtner/innen	**Ausbildungsvergütung**	**3**	**4**
Elektroniker/innen	**Ausbildungsvergütung**	**1**	**2**
Tischler	**Ausbildungsvergütung**	**1**	**1**
Berufskraftfahrer	**Ausbildungsvergütung**	**2**	**2**
Jahrespraktikanten/-praktikantinnen	**Tarif**	**10**	**8**
Insgesamt		**34**	**38**

Ratingen Marketing GmbH / Auszug Wirtschaftsplan 2013
Erfolgsplan

Gewinn- und Verlustrechung/planung		**Ergebnis 2012**	
Alle Angaben in Euro, netto	Plan 2012	**vorläufig**	Plan 2013
Erträge			
Finanzierungszuschuss Stadt Ratingen (netto)	214.620	214.620	214.620
Sonstige Erträge	32.000	48.000	139.900
Summe Umsatzerlöse, Erträge	**246.620**	**262.620**	**354.520**
Aufwendungen			
Aufwendungen für Projekte,Veranstaltungen	21.050	20.000	129.760
Personalaufwendungen inkl. Personalnebenaufw.	97.000	75.000	140.000
Abschreibungen	12.000	7.000	11.000
Raumaufwendungen	17.500	17.500	17.600
Versicherungen, Beiträge,Darlehenszinsen	3.800	3.800	3.400
Werbe-/Reiseaufwendungen	3.300	3.300	5.300
Sonstige Betriebsaufwendungen	42.100	43.900	35.100
Summe Aufwendungen	**196.750**	**170.500**	**342.160**
Ergebnis	**49.870**	**92.120**	**12.360**

I:\Haushaltsplan\hhpl 2013\Original 2013\9. Anlagen\zuwfrak\[fraktionszuwendungen 2013.xls]Tabelle1

Anlage VIII: Zuwendungen an Fraktionen

Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz 2013 €	Haushaltsansatz 2012 €	Ergebnis der Jahresrechnung 2011 €	Erläuterungen
1	CDU	38.100	38.100	38.008,32	
2	Bürger Union	32.800	32.800	32.704,80	
3	SPD	25.700	25.700	25.633,44	
4	Bündnis90/ Die Grünen	15.100	15.100	15.026,40	
5	FDP	15.100	15.100	15.026,40	
6	Ratinger Linke	9.800	9.800	9.722,88	
	Spitzenbetrag	400	400		
	Summe:	137.000	137.000	136.122,24	

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU

I:\Haushaltsplan\hhpl 2013\Original 2013\9. Anlagen\zuwfrak\[cdu.xls]Tabelle1

Zweckbestimmung	Geldwert: Haushaltsjahr 2013 €	Geldwert: Vorjahr 2012 €	Geldwert: Mehr + / Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisat. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.650	8.650		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je qm
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1994 mit einem Gesamtwertwert von 25.560€ bei 10jähriger Abschreibung, d.h. ab 2005 keine Abschreibung mehr
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme lfd. oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	3.590	3.590		Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	1.400	1.400		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	16.430	16.430		

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: SPD

Zweckbestimmung	Geldwert Haushaltsj. 13 €	Geldwert Vorjahr 2012 €	Mehr + Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisat. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	6.350	6.350		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je m²
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1994 mit einem Gesamtwertwert von 25.560€ bei 10jähriger Abschreibung, d.h. ab 2005 keine Abschreibung mehr
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.640	2.640		
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	700	700		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	12.480	12.480		

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: Bürger-Union

Zweckbestimmung	Geldwert Haushalts. 2013 €	Geldwert Vorjahr 2012 €	Geldwert Mehr + Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisat. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.120	8.120		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je m²
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1999 mit einem Gesamtwert von 8.180€ bei 10jähriger Abschreibung zzgl. Ergänzung in Höhe von 4.000€ in 2004 bei ebenfalls 10-jähriger Abschreibung zzgl. weitere Ergänzung in 2005 i.H.v. 2.000 €
4.1 Büromöbel und -maschinen	1.420	1.420		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	3.370	3.370		Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)->die Raumgröße der Bürger-Union beträgt wie oben erwähnt nun 70,4 m²
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	700	700		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	16.400	16.400		

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen

Zweckbestimmung	Geldwert Haushaltsj. 2013 €	Geldwert Vorjahr 2012 €	Geldwert Mehr + Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisator. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	4.620	4.620		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je qm
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1994 mit einem Gesamtwert von 3.580€ bei 10jähriger Abschreibung, d.h. ab 2005 keine Abschreibung mehr
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	1.920	1.920		
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	700	700		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	10.030	10.030		

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: F.D.P

Zweckbestimmung	Geldwert Haushaltsj. 2013 €	Vorjahr 2012 €	Mehr + Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisat. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	4.380	4.380		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je qm
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1994 mit einem Gesamtwert von 7.670€ bei 10jähriger Abschreibung, d.h. ab 2005 keine Abschreibung mehr anzusetzen
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	1.820	1.820		
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	650	650		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	9.640	9.640		

Zuwendungen an Fraktionen

Teil B. Geldwerte Leistungen

Fraktion: Die Linke

Zweckbestimmung	Geldwert Haushaltsj. 2013 €	Geldwert Vorjahr 2012 €	Geldwert Mehr + Weniger - €	Erläuterungen
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit				
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauchs, organisat. Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen				
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle	1.960	1.960		Kalkulatorische Miete von 9,61€ je qm
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung von Büroausstattung				Neuausstattung in 1994 mit einem Gesamtwert von 7.670€ bei 10jähriger Abschreibung, d.h. ab 2005 keine Abschreibung mehr anzusetzen
4.1 Büromöbel und -maschinen	0	0		
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für				Reinigungskosten, Energie, Heizung, Versicherung (pauschal 3,99€ je qm/Monat)
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	810	810		
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften	130	130		
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen	650	650		
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage	2.660	2.660		
6. Sonstiges				
	6.210	6.210		

Statistische Angaben

Bevölkerungsstatistik (Aufgrund der Fortschreibung des Einwohnermeldeamtes auf den 30.06.2012, einschließlich der Personen,die ihren zweiten Wohnsitz in Ratingen haben.)

		absolut	prozentual
(nachrichtlich Gesamt nur Ersten Wohnsitz)		(91 842)	
Gesamtzahl		95 230	
	davon männlich	45 881	48,18
	weiblich	49 349	51,82
Familienstand			
	ledig	34 996	36,75
	verheiratet	46 129	48,44
	verwitwet	6 948	7,30
	geschieden	7 157	7,52
	ohne Angabe		
Religionszugehörigkeit			
	evangelisch	25 524	26,80
	römisch katholisch	33 976	35,68
	sonstige	35 730	37,52
Ausländer		8 782	9,22
Altersaufbau			
	unter 3 Jahre	2 064	2,17
	3 bis 5 Jahre	2 291	2,41
	6 bis 9 Jahre	3 190	3,35
	10 bis 14 Jahre	4 489	4,71
	15 bis 17 Jahre	2 772	2,91
	18 bis 20 Jahre	2 679	2,81
	21 bis 24 Jahre	3 699	3,88
	25 bis 34 Jahre	9 788	10,28
	35 bis 44 Jahre	13 417	14,09
	45 bis 64 Jahre	28 679	30,12
	65 Jahre und älter	22 162	23,27

Öffentliches Schulwesen

Bezeichnung der Schule		Anschrift		Schülerz. am 15.10.2012
a) Grundschulen				
Anne-Frank-Schule	Städt. Grundschule Nord	Mülheimer Straße 47	40878 Rtg.	223
Albert-Schweitzer-Schule	Städt. Grundschule Ost	Bruchstraße 22	40882 Rtg.	173
Gebr.-Grimm-Schule	Städt. Grundschule Süd	Karl-Mücher-Weg 17	40878 Rtg.	304
Karl-Arnold-Schule	Städt. Grundschule Eckamp	Volkardeyer Straße 36	40880 Rtg.	207
Erich-Kästner-Schule	Städt. Grundschule West I	Berliner Straße 35	40880 Rtg.	223
Astrid-Lindgren-Schule	Städt. Grundschule West II	Erfurter Straße 26	40880 Rtg.	204
Paul-Maar-Schule	Städt. Grundschule Tiefenbroich mit kath. Teilstandort	Am Söttgen 15 / Sohlstättenstr. 3	40880 Rtg.	173
Eduard-Dietrich-Schule	Städt. Grundschule Lintorf	Duisburger Straße 14	40885 Rtg.	300
Matthias-Claudius-Schule	Städt. Grundschule Breitscheid	Mintarder Weg 98	40885 Rtg.	148
Wilhelm-Busch-Schule	Städt. Grundschule Hösel	Bismarckstraße 16	40883 Rtg.	304
Christian-Morgenstern-Schule	Städt. Grundschule Homberg	Ulmenstraße 3	40882 Rtg.	204
Ludgerusschule	Städt. Kath. Grundschule Ost	Fröbelweg 24	40882 Rtg.	108
Minoritenschule	Städt. Kath. Grundschule Mitte	Minoritenstraße 12	40878 Rtg.	129
Suitbertusschule	Städt. Kath. Grundschule Süd	Dürerring 3	40878 Rtg.	182
Johann-Peter-Melchior-Schule	Städt. Kath. Grundschule Lintorf I	Am Weiher 4	40885 Rtg.	212
Heinrich-Schmitz-Schule	Städt. Kath. Grundschule Lintorf II	Breitscheider Weg 35	40885 Rtg	190
		Summe:		**3.284**
b) Hauptschulen				
Elsa-Brandström-Schule	Städt. Hauptschule Süd	Karl-Mücher-Weg 15	40878 Rtg.	**225**
		Summe:		**225**
c) Realschulen				
Liebfrauenschule	Erzbischöfliche Realschule f. Mädchen*	Schwarzbachstraße 17	40878 Rtg.	**525**
Friedrich-Ebert-Schule	Städt. Realschule Mitte	Philippstraße 30	40878 Rtg.	**457**
Käthe-Kollwitz-Schule	Städt. Realschule West	Erfurter Straße 40	40880 Rtg.	**693**
Werner-Heisenberg-Schule	Städt. Realschule Lintorf	Duisburger Straße 112	40885 Rtg.	**0**
		Summe:		**1675**
d) Gymnasien				
C.-Friedr.-v.-Weizäcker-Schule	T-H-G-S-G Städt. Gymnasium Mitte	Karl -Mücher-Weg 2/3	40878 Rtg.	**1130**
Dietrich-Bonhoeffer-Schule	Städt. Gymnasium West	Erfurter Straße 30	40880 Rtg.	**720**
Kopernikus-Schule	Städt. Gymnasium Lintorf	Duisburger Straße 112	40885 Rtg.	**846**
		Summe:		**2696**
e) Berufskolleg				
Adam-Josef-Cüppers	Träger Kreis Mettmann	Minoritenstraße 10	40878 Rtg.	**1786**
f) Sonderschule				
Comenius-Schule	Städt. Sonderschule für Lernbehinderte	Thunesweg 1a	40885 Rtg.	**66**
g) Gesamtschule				
Martin-Luther-King-Schule	Städt. Gesamtschule Ratingen	Erfurter Str. 36	40880 Rtg.	**998**

Öffentliche Sportstätten (nur städtische Einrichtungen)

Bezeichnung der Einrichtung	Art der Einrichtung	
a) Sportfreianlagen		
Ratingen - Mitte		
Stadion Stadionring	Rasenspielfeld (68 x 105m) mit 400m Rundbahn und 8 Kurzstreckenlaufbahnen 110 m aus Kunststoff, leichtathletische Anlagen 2 Beachvolleyballanlagen	
Sportplatz Talstraße	Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, Trainingsbeleuchtung	
Sportplatz Friedrich-Mohn-Straße	Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, Trainingsbeleuchtung	(entfällt ab dem 31.03.2012!)
Sportplatz Schwarzbachstraße -Ludwig-Wolker-Platz-	Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, 400m Rundbahn und 8 Kurzstreckenlaufbahnen (Tenne) leichtathl. Anlagen, Trainingsbeleuchtung	
Ratingen Ost		
Sportplatz Auf der Aue	Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz	
Ratingen West		
Sportanlage Gothaer Straße	Platz 1: Spielfeld 70 x 105m, Kunststoffraser 40 x 60m Kunststoffspielfeld, Trainingsbeleuchtung Platz 2: Rasenspielfeld 70 x 105m mit 400m Rundbahn, 8 Kurzstreckenlaufbahnen (Tenne) leichtathl. Anlagen u. Beachvolleyballanlage	
Ratingen-Tiefenbroich		
Sportstätte Sohlstättenstraße	Platz 1: Spielfeld 70 x 105m, Kunststoffrasen, Trainingsbel. Platz 2: Rasenspielfeld 70 x 105m, Kleinspielfeld 40 x 60m (Kunststoffspielfeld), leichtathl. Anlagen, 110 m Kunststoffbahn	
Ratingen-Lintorf		
Sportanlage Jahnstraße	Platz 1: Spielfeld 70 x 105m, Kunststoffresen Rundbahn und leichtathl. Anlagen, Trainings-beleuchtung	
Sportanlage Breitscheider Weg	Platz 2: Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, Trainingsbel. Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, leichtathl. Anlagen, Trainingsbeleuchtung	
Ratingen-Breitscheid		
Sportplatz Mintarder Weg	Spielfeld 62 x 99m, Kunststoffrasenplatz, Trainings-beleuchtung mit 100m - Bahn und leichtathl. Anlagen	
Ratingen-Hösel		
Sportplatz Neuhaus	Spielfeld 70 x 105m, Tennenplatz, Trainingsbeleuchtung mit 100m - Bahn und leichtathl. Anlagen	
Ratingen-Homberg		
Sportplatz Füstingweg	Spielfeld 70 x 105m, 400m Rundbahn und 8 Kurzstrecken laufbahnen, Tennenplatz Kunststoffrasen mit leichtathl. Anlagen, Trainingsbeleuchtung	

Öffentliche Sportstätten (nur städtische Einrichtunger

Bezeichnung der Einrichtung	Bezeichnung der Einrichtung
b) Turn- und Sporthaller	
Sporthalle Europaring	Größe 26 x42m
Turnhalle Erfurter Straße	1 Großturnhalle 21 x 45m, 2 Hallen je 15 x 27m
Turnhalle Mülheimer Straße	Größe 10 x 20m
Turnhalle Graf-Adolf-Straße	Größe 10 x 20m
Turnhalle Fröbelweg	Größe 12 x 24m
Turnhalle Dürerring	Größe 12 x 24m mit Kraftsportraum
Turnhalle Karl-Mücher-Weg	Größe 15 x 27m
Turnhalle Talstraße	Größe 12 x 24m
Turnhalle Berliner Straße	Größe 12 x 24m
Turnhalle Sohlstättenstraße	Größe 12 x 24m
Turnhalle Philippstraße	Größe 15 x 27m
Turnhalle Am Weiher	Größe 12 x 24m
Turnhalle Thunesweg	Größe 15 x 27m
Sporthalle Breitscheider Weg	1 Sporthalle 27 x 45m, 2 Hallen je 15 x 27m, 1 Kraftsport-raum 5 x 6m
Turnhalle Mintarder Weg	Größe 12 x 24m
Turnhalle Mozartstraße	Größe 12 x 24m
Turnhalle Ulmenstraße	Größe 15 x 27m
Turnhalle Volkardeyer Straße	Größe 15 x 27m
Großturnhalle Wiesenstraße	Größe 21 x 45m
Turnhalle Poststraße	Größe 12 x 24m
Turnhalle Duisburger Straße	Größe 15 x 27m
Turnhalle Bismarckstraße	1 Großturnhalle 21 x 45m, 1 Halle 12 x 24m
Sporthalle und Schießsportanlage Gothaer Straße	1 Sporthalle 27 x 45m, 1 Schießsportanlage, 1 Kraftsport-raum

Öffentliche Sportstätten / Öffentliche Grün-, Garten- und Friedhofsanlagen

Bezeichnung der Einrichtung	Art der Einrichtung
Öffentliche Sportstätten	
c) Sonstige Einrichtungen	
Hallen- und Freibad Ratingen -Hauser Ring / Lintorfer Straße- (seit 1991 Stadtwerke Ratingen GmbH)	Hallenbad - Schwimmbecken 12,5m x 25m Lehrschwimmbecken 8m x 12,5m Freibad - Schwimmbecken 21m x 50m Springerbecken 17,25m x 22,25m Nichtschwimmerbecken 1200qm Kinderplanschbecken 15,7m x 15,7m
Hallen- und Allwetterbad Ratingen-Lintorf -Jahnstraße- (seit 2004 Stadtwerke Ratingen GmbH)	Hallenbad - Schwimmerbecken 10m x 25m 2 Sportbecken (12, 5 x 25 m), 1 Kinderbecken (95 m²),
Eissporthalle -Am Sandbach-	Eisfläche 30m x 60m mit Eckrundungen gemäß internationaler Norm (Gesamtfläche 1745 qm)
Kegelsportanlagen (Dumeklemmerhalle)	4 Sportkegelbahnen (entspricht der Norm des Deutschen Kegel- und Bowlingbundes)
Öffentliche Grün-, Garten- und Friedhofsanlagen	
	Öffentl. Grünanlagen, Schmuckplätze, Grünstreifen 160,17 Hektar Spielplätze 19,40 Hektar Friedhöfe 29,58 Hektar Außenanlagen an öffentl. Gebäuden 15,76 Hektar Dauerkleingärten 23,18 Hektar Kommunalwald 77,50 Hektar Biotope 16,85 Hektar Gesamtfläche 342,44 Hektar Straßenbäume 7.000 Stück

Straßen, Wege, Plätze

Bezeichnung der Straße	Verlauf	Länge in km, die durch die Stadt unterh. werden
a) Bundesstraßen		
Ortsdurchfahrt B 227 (Ratingen-Hösel)	Bahnhofstraße zwischen Sinkesbruch und Preußenstraße	2,166
	Insgesamt:	2,166
b) Landstraßen		
Ortsdurchfahrt L 139 (Ratingen-Mitte)	Mülheimer Straße zwischen Hauser Ring und Zum Blauen See	0,328
Ortsdurchfahrt L 139 (Ratingen-Lintorf)	Krummenweger Straße zwischen Konrad-Adenauer-Platz und Am Sonnenschein	1,027
Ortsdurchfahrt L 239 (Ratingen-Mitte)	Industriestraße, Bechemer Straße, Hans-Böckler-Str., Düsseldorfer Straße, Stadionring	1,263
Ortsdurchfahrt L 239 (Ratingen-Lintorf)	Tiefenbroicher Straße, Lintorfer Markt, Ulenbroich	0,756
Ortsdurchfahrt L 422 (Ratingen-Mitte)	Kaiserswerther Straße, Hauser Ring, Mülheimer Straße, Bahnstraße, Homberger Straße	5,485
Ortsdurchfahrt L 455 (Ratingen-Mitte)	Düsseldorfer Straße, Hans-Böckler-Straße, Poststraße	2,372
	Insgesamt:	11,231
c) Kreisstraßen		
Ortsdurchfahrt K 2	Am Roten Kreuz	1,616
Ortsdurchfahrt K 3	Volkardeyer Straße	0,362
Ortsdurchfahrt K 10	Neanderstraße, Industriestraße	1,087
Ortsdurchfahrt K 19	Breitscheider Weg	0,907
Ortsdurchfahrt K 31	Eggescheidter Straße	1,107
	Insgesamt:	5,079
d) Gemeindestraßen	**Insgesamt:**	309,173
	Insgesamt:	327,649

Kanäle

Aktualisierte Daten (Stand: 22.10.2012):

	Länge (m)
Kanalisation	
Schmutzwasser	150.729,180
Regenwasser	144.840,250
Mischwasser	147.012,780
Insgesamt:	**442.582,210**